



WIRTSCHAFTSBEIRAT  
BAYERN

Bezirk München

Odeonsplatz 14, 80539 München,  
Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de)  
Präsident: Dr. Otto Wiesheu, Generalsekretär: Dr. Jürgen Hofmann

---

**„Kommunalpolitische Empfehlungen  
für die Zukunftssicherung des Standortes München“**

**Hans Hammer  
Vorsitzender des Bezirks München**

München, im Januar 2015

## Inhalt

1.	Aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	4
1.1	München braucht eine vorausschauende und aktive Wirtschaftspolitik .....	4
1.2	Investitionen in Zukunftssicherung und Maßhalten bei konsumtiven Ausgaben .....	5
1.3	Ausweitung von Public Private Partnership (PPP) Modellen .....	5
1.4	Flexiblere Handhabung und Senkung der Gewerbesteuer .....	6
1.5	Fachkräftemangel entgegen wirken .....	6
1.6	Effektive Umsetzung der „One Stop Agency“ in der Verwaltung .....	7
1.7	Neuregelung des staatlichen Gründerzuschusses – Förderung für Existenzgründer ..	8
1.8	Fortentwicklung des Münchner Gewerbehofprogramms .....	8
1.9	Fokussierung der städtischen Unternehmen auf kommunale Aufgaben .....	9
1.10	Strategische Vorbereitung auf die weltweite Energieverknappung .....	9
1.11	Bessere Öffnungszeiten – verkaufsoffene Sonntage und längere Öffnungszeiten für die Gastronomie .....	10
2.	Wohnungsbau und Stadtplanung .....	11
2.1	Grundsätzliches .....	11
2.2	Bei den Grundstücken und nicht bei der Miete ansetzen .....	12
2.3	Mehr Wohnraum durch sinnvolle Verdichtung .....	12
2.4	Wohnungsbau durch die LH München .....	13
2.5	Mehr Wohnraum im Umland und in der Europäischen Metropolregion (EMM) .....	14
2.6	Beschleunigung von Baurecht .....	14
2.7	Günstige Mietwohnungen für Selbstausbauer .....	16
2.8	Wohneigentum fördern .....	16
2.9	Förderung von kleinteiligen, privaten Investitionen .....	17
3.	Tourismuspolitik .....	17
3.1	Tourismus in München als Chance nutzen .....	17
3.2	Bestehende kulturelle Attraktionen besser nutzen .....	18
3.3	Weitere Potentiale aktiv entdecken und fördern .....	18
3.4	Tourismus Initiative München (TIM) – ein guter Anfang .....	19
3.5	Tourismusstruktur und -koordination bayernweit .....	19
3.6	Gewerbliche Vermietung von Privatwohnungen .....	20
4.	Verwaltungspolitik .....	21
4.1	Effizienzsteigerung und größere Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung .....	21
4.2	Quantitative Entbürokratisierung – Abbau von Aufgaben der Verwaltung .....	21
4.3	Bauen in der Stadt .....	21
4.4	Städtisches Führungspersonal nach rein fachlichen Gesichtspunkten auswählen ...	22
4.5	Städtische Mitarbeiter von Bürokratie entlasten und ihren Fokus auf den Dienst am Bürger richten .....	22
4.6	Entlohnung städtischer Mitarbeiter an die Lebenshaltungskosten anpassen und leistungsorientierter gestalten .....	23

5.	Verkehrspolitik .....	23
5.1	Abkehr von einer ideologischen Verkehrspolitik .....	23
5.2	Ausbau des U-Bahnnetzes.....	24
5.3	Ausbau der S-Bahn und Anbindung des Flughafens .....	25
5.4	Busnetz ausbauen und Trambahnnetz sinnvoll ergänzen .....	25
5.5	MVV leistungsfähiger und attraktiver gestalten .....	26
5.6	Kreuzungsfreier Ausbau des gesamten Mittleren Rings zur Entlastung der Innenstadt.....	26
5.7	A 99 „Südtunnel“ um den Fernverkehr um München zu leiten .....	27
5.8	Verkehrsvermeidung und Verflüssigung durch eine vernetzte, intelligente und verkehrsmittelübergreifende Steuerung .....	27
5.9	Schönere Innenstadt und weniger Belästigung durch mehr Tiefgaragen .....	28
5.10	Innenstadtmaut nicht notwendig und nicht wünschenswert .....	29
5.11	Parklizenzen für Handwerker und Lieferanten .....	29
5.12	Förderung sauberer PKW-Antriebe .....	29
5.13	3. Start- und Landebahn zur Standortsicherung Münchens notwendig.....	29
5.14	München als Knoten der transeuropäischen Schnellbahnmagistralen.....	30
6.	Familien- und Bildungspolitik.....	30
6.1	Bessere Kinderbetreuung – auch durch private Initiativen .....	31
6.2	Modernisierung und Verbesserung der städtischen Schulen.....	31
6.3	Kooperation Schule und Wirtschaft, Weiterbildung von Lehrern .....	32
6.4	München muss die Hochschulen besser unterstützen.....	32
7.	München – Stadt der Spitzenmedizin .....	33
7.1	Medizinstandort München als Chance verstehen .....	33
7.2	Städtische Kliniken konsequent und zügig sanieren.....	33
7.3	München als führenden Medizinstandort für Versorgung aber auch Forschung entwickeln .....	33
8.	Kultur.....	34
8.1	Etablierte Einrichtungen von Stadt und Freistaat vernetzen und zur besseren Geltung bringen .....	35
8.2	München braucht den zweiten Konzertsaal .....	35
8.3	Junge, kreative Kulturszene fördern und wieder nach München holen .....	36
8.4	Mehr visionäre Architektur .....	36

# 1. Aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik

## 1.1 München braucht eine vorausschauende und aktive Wirtschaftspolitik

München steht im Wettbewerb mit pulsierenden Metropolregionen und Metropolen nicht nur in Europa sondern auf der ganzen Welt. Um ihre Chance in diesem Wettbewerb zu behaupten, braucht die Landeshauptstadt eine aktive Wirtschaftspolitik, die zukunftssträchtige Wirtschaftszweige und Unternehmen nach München zieht.

Hierzu müssen Maßnahmen wie die folgenden aktiv verfolgt werden:

- Die Entwicklung der Infrastruktur muss laufend dahingehend überprüft werden, dass sie den zukünftigen Ansprüchen der Menschen und der Wirtschaft entspricht, wie z.B. München als Knotenpunkt der transeuropäischen Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetze, die gesicherte Versorgung mit sauberer Energie oder die Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums.
- München muss aktiv strategische und zukunftsweisende Wirtschaftszweige identifizieren und diese und deren Ansiedlung fördern, wie z.B. die Gesundheitswirtschaft und den Tourismus.
- In Abstimmung mit dem Freistaat ist die erfolgreiche Clusterpolitik auch für München umzusetzen.
- München muss mit Delegations- und Informationsreisen aktiv um Unternehmen für München und Partner für Münchner Unternehmen werben. Diese Maßnahmen müssen insbesondere für die mittelständischen Unternehmen in München ausgelegt und ständig auf ihre Ergebnisse (Kosten/Nutzen) überprüft werden.
- Die Landeshauptstadt muss den Messe- und Konferenzstandort München aktiver ausbauen und bewerben.
- Gleichzeitig muss München sich auch um die Ansiedlungen von internationalen Institutionen bemühen. Abgesehen vom Europäischen Patentamt sind in München bislang keine nennenswerten internationalen oder europäischen Behörden oder Institutionen angesiedelt. Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung Münchens, seiner attraktiven und zentralen Lage sowie seiner besten Anbindung über den Münchner Flughafen und auch im Vergleich mit anderen Städten wie Wien oder Genf ist das viel zu wenig.
- Die Landeshauptstadt München als Zentrum der größten deutschen Wachstumsregion und damit als wichtiger Player in einer der europäischen Wachstumsregionen muss nicht nur europäische Entwicklungen beobachten, sondern in Zukunft auch verstärkt versuchen, europäische Gesetzgebungs- und Verwaltungsverfahren zu ihren Gunsten zu beeinflussen.
- Insgesamt muss München für Unternehmen und Unternehmer eine Willkommenskultur entwickeln, diese mit offenen Armen aufnehmen und unterstützen wo möglich.

## **1.2 Investitionen in Zukunftssicherung und Maßhalten bei konsumtiven Ausgaben**

Aufgrund seiner starken Wirtschaft und den daraus folgenden Steuereinnahmen hat München im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten zwar eine verhältnismäßig geringe Gesamtverschuldung, jedoch könnte die Landeshauptstadt noch wesentlich besser dastehen, wenn die Ausgaben vor allem im konsumtiven Bereich, vielfach aufgrund von Klientelpolitik, über die letzten 20 Jahre nicht unverhältnismäßig gestiegen wären.

Gleichzeitig wurden wichtige Investitionen unterlassen. Umso größer ist der Erneuerungsbedarf, der auf den neuen Oberbürgermeister und den Stadtrat in der Amtsperiode 2014 bis 2020 zukommt.

Wir stehen alleine einem Investitionsbedarf in Höhe von ca. € 1,5 Mrd. bei den Städtischen Kliniken, ca. € 1,0 Mrd. bei der Schulhaussanierung und beim Schulhausbau, ca. € 500 Mio. im Olympiapark, über € 250 Mio. beim Neubau der Markthallen München, über € 200 Mio. bei der Generalsanierung des Gasteigs und weiteren hohen Millionensummen beim Ausbau der Kinderbetreuung gegenüber.

Zusätzlich zu den durch Versäumnisse verursachten Nachholinvestitionen sind weitere Zukunftsinvestitionen in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), in Straßentunnels und in den Wohnungsbau dringend erforderlich.

Insgesamt muss man von einem Investitionsvolumen von über € 6,0 Mrd. für die laufende Legislaturperiode, also € 1 Mrd. jährlich, ausgehen. Dieser enorme Investitionsbedarf wird die Finanzpolitik der Landeshauptstadt München vor große Herausforderungen stellen.

Die Leistungsfähigkeit der Münchner Wirtschaft mit ihren hohen Gewerbesteuern sollte aber für die nächsten sechs Jahre ausreichen – bei gleichzeitigen Sparmaßnahmen im konsumtiven Bereich –, diese Herausforderung ohne neue Schulden zu meistern. Alleine in den letzten drei Jahren konnte bereits jährlich mehr als die € 1 Mrd. aufgebracht werden, um Schulden zu tilgen und die notwendigsten Investitionen zu tätigen sowie den durch den Bürger zu recht erzwungenen Bau des Luise Kieselbach Tunnels zu finanzieren. Und dies ohne eine besondere Sparsamkeit im konsumtiven Bereich. Was vor diesem Hintergrund vor allem notwendig ist, ist eine stringente und kontinuierliche Ausgabenüberprüfung und Ausgabenkritik durch den Stadtrat (Kosten-Nutzen-Analyse).

In den zurückliegenden Jahren wurden in der Tat Schulden zurückgeführt, dies war richtig, aber auch nur möglich, weil eben wichtige Zukunftsinvestitionen unterlassen wurden. Für die nächsten sechs Jahre sollte ein weiterer Schuldenabbau daher zwar Ziel bleiben, aber gegenüber Investitionen in die Infrastruktur vorsichtig abgewogen werden.

## **1.3 Ausweitung von Public Private Partnership (PPP) Modellen**

Insbesondere vor dem Hintergrund des enormen Investitionsbedarfs der nächsten Jahre sollte verstärkt der Einsatz des deutschlandweit erfolgreich erprobten Modells der Public Private Partnership (PPP-Modelle) in München in Erwägung gezogen werden. In diesen

Modellen erstellt die private Wirtschaft für die öffentliche Hand Infrastruktur bei eigener Investition oder erfüllt öffentliche Aufgaben und wird dafür über eine laufende Nutzungsgebühr oder Miete bezahlt. Das Eigentum kann dabei je nach Vertragsgestaltung durchaus bei der öffentlichen Hand verbleiben.

Durch öffentliche Ausschreibungsverfahren werden dabei optimale Transparenz und niedrigste Kosten gewährleistet, was nicht immer der Fall ist, wenn diese Aufgaben innerhalb der städtischen Verwaltung vergeben, abgewickelt und abgerechnet werden. Neben der Kostensenkung und Kostensicherheit (!) ergibt sich hierbei darüber hinaus die Möglichkeit, den kommunalen Investitionshaushalt zu entlasten.

Es gibt viele Aufgaben der Kommune, die diese der Privatwirtschaft im Einzelfall in Auftrag geben kann und zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung bei mittelstandsfreundlicher Ausgestaltung auch sollte. Die Bandbreite der Kooperationsmöglichkeiten, die von der einfachen Vergabe von einzelnen Aufgaben, über die Ausführung und Finanzierung von Investitionsprojekten wie Tunnelbauwerken und öffentlichen Gebäuden als Leasingmodelle bis hin zur Ausführung, Finanzierung und dem Betrieb von Anlagen inkl. der direkten Verrechnung der Kosten an den Verbraucher reicht, kann dabei je nach Bedarf voll ausgeschöpft werden.

#### **1.4 Flexiblere Handhabung und Senkung der Gewerbesteuer**

Während Städte wie Frankfurt am Main dabei sind, ihre Hebesätze zu verringern, ist München nach wie vor Spitzenreiter bei der Gewerbesteuer. Um die Attraktivität des Standorts weiter zu stärken, die „Landflucht“ der Unternehmen endlich zu stoppen und somit letzten Endes für höhere Einnahmen zu sorgen, sollte auch München die Gewerbesteuer als aktives Instrument der Wirtschaftspolitik nutzen.

Als Signal vor allem an die mittelständische Wirtschaft wäre zumindest eine symbolische Absenkung des Hebesatzes wichtig. Gleichzeitig sollte die Stadt sowohl beim Zuzug interessanter Unternehmen und Gewerbesteuerzahler oder dem drohenden Wegzug solcher flexible Modelle anbieten können, um diese anzuziehen bzw. zu halten. Nachdem Differenzierungen im Hebesatz innerhalb einer Kommune nicht möglich sind, müssen hier andere Wege der Förderung gefunden werden.

Durch eine disziplinierte Ausgabenpolitik ist dies kurzfristig zu finanzieren. Langfristig wird sich eine solche Maßnahmen mehr als selbst refinanzieren.

#### **1.5 Fachkräftemangel entgegen wirken**

München ist aufgrund seiner florierenden Wirtschaft und seiner hohen Lebenshaltungskosten noch stärker als andere Regionen in Bayern vom Fachkräftemangel betroffen. Er stellt eine Bedrohung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere für den Mittelstand dar. Selbständige Unternehmer sind stärker als Großbetriebe auf ausbildungsreife Mitarbeiter angewiesen, da Nachschulen schwierig ist. Nur so kann der Mittelstand seine Verantwortung für die Ausbildung des Nachwuchses wahrnehmen.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine wichtige Maßnahme, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Das gleiche gilt für eine lückenlose Kinderbetreuung für alle Altersgruppen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und den Elternteilen, die dies wünschen, die Möglichkeit zu geben, am Erwerbsleben teilzunehmen. Insbesondere ist hier auch ein zeitlich flexibles Angebot mit längeren Öffnungszeiten zu schaffen.

Außerdem braucht die Münchener Wirtschaft Forschungs- und Bildungseinrichtungen, die die Ausbildung von Fachkräften unterstützen.

- Derzeit gibt Deutschland insgesamt im Vergleich zu anderen OECD-Staaten zu wenig Geld für die frühkindliche Bildung aus. Hier ist auch die Kommune gefragt, Abhilfe zu schaffen. Die Ausgaben in diesem Bereich und für städtische Projekte in Kooperation mit dem Freistaat müssen steigen, insbesondere um die Startchancen von Migrantenkindern zu verbessern.
- Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss ist in München weiter zu hoch, vor allem an der Hauptschule. Die Stadt muss gemeinsam mit dem Land diese Quote senken und den Übergang in die Ausbildung, etwa durch Kooperationen zwischen Schulen und Wirtschaft, fördern.
- Die Integration und Ausbildung von Ausländern und besonders ausländischen Fachkräften muss verbessert werden.

## **1.6 Effektive Umsetzung der „One Stop Agency“ in der Verwaltung**

Die alte Forderung der Münchner Wirtschaft nach einem einheitlichen Ansprechpartner für Unternehmen wurde vor kurzem und erst auf Druck der EU von München halbherzig umgesetzt – mit drei statt wie vom städtischen Referenten für Arbeit und Wirtschaft geforderten, auch schon nicht ausreichenden sechs Stellen für die „Alles-aus-einer-Hand-Betreuung“ von ansiedlungswilligen Unternehmen.

Doch das reicht eben nicht. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen können bei der An- oder Umsiedlung in München nicht die verschiedenen Verwaltungsverfahren selbst koordinieren. Sie brauchen dringend eine sogenannte „One Stop Agency“, also einen Mitarbeiter innerhalb der Verwaltung, der die notwendigen Verwaltungsverfahren für sie mit Priorität vorantreibt und koordiniert, um Verfahrenszeiten zu verkürzen. Wo möglich und nötig, müssen auch bürokratische Hemmnisse, die Unternehmer an der Umsetzung ihrer unternehmerischen Ideen hindern, abgebaut werden. Daher braucht es zukünftig mehr Stellen, damit München weiterhin auch Rekorderlöse bei der Gewerbesteuer behält.

Die in München ansässigen oder sich für den Standort München entscheidenden Unternehmen brauchen Lotsendienste beim Durchwandern des Behördenschungels, vom Gewerbeaufsichtsamt über das Kreisverwaltungsreferat bis zur unteren Naturschutzbehörde. Sie brauchen Unterstützung beim Ausbau ihrer Betriebsgelände und bei der Errichtung der dazu notwendigen Infrastruktur. Jedes Unternehmen in München ist nicht nur ein Gewerbesteuerzahler, sondern schafft Arbeitsplätze.

## **1.7 Neuregelung des staatlichen Gründerzuschusses – Förderung für Existenzgründer**

Die Zahl der Existenzgründungen ist in München stark rückläufig. Ein Grund dafür ist auch die Neuregelung des Gründungszuschusses. Mit Einführung des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt gelten seit dem 28.12.2012 neue Regelungen bei der Förderung von Arbeitslosen in die berufliche Selbständigkeit. Die Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat Vorrang. Viele Gründungswillige berichten uns, dass sich das Antragsverfahren inzwischen mit einer Lotterie vergleichen lässt. Abwimmeln erscheint den Ämtern wichtiger als Helfen. Offensichtlich bekommt den Gründungszuschuss nur noch der Personenkreis, der auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar ist. Dies ist keine gesunde Grundlage für eine innovative Gründerlandschaft.

Gerade ein so bedeutender Wirtschaftsstandort wie München braucht Existenzgründer und deren Ideen und Know-how. Im Bereich der Gründungen in der IT- und Kommunikationsbranche hat Berlin schon längst die Nase vorn, weil es dort für Gründer bessere Rahmenbedingungen gibt. Hier muss zwar Boden wieder gut gemacht werden, gleichzeitig ist aber auch darauf zu achten, dass Gründer in allen Branchen, nicht nur in der IT und KT Industrie gefördert werden.

Um eine gründerfreundliche Stadt bzw. Region entstehen zu lassen, braucht es neue Mittel und Wege zur Vermeidung der Abwanderung von Wissen, Kompetenz und Wirtschaft.

Gerade in einer Hochpreisstadt wie München, wo die Mieten für Wohn- und Gewerberäume deutlich über dem Niveau vergleichbarer Großstädte liegen, braucht der Gründer in der Anfangsphase eine gewisse Kostendeckung. Hier leistet der Gründungszuschuss einen wichtigen Beitrag.

Deshalb sollte sich die Stadt München Alternativen überlegen, wie man die restriktive Vergabe des Gründungszuschusses auf kommunaler Ebene kompensieren kann, um weiterhin eine florierende Existenzgründerkultur zu haben.

Die Starter- und Gründerszene ist gerade als innovativer Ideenpool ein wichtiger Motor einer sich fortentwickelnden Stadtgesellschaft und einer sich fortentwickelnden Wirtschaft. Daher brauchen die Starter und Gründer über Zuschüsse hinaus die Unterstützung durch die Verwaltung. Die Stadt muss insbesondere bei der Genehmigung von Übergangsnutzungen in leerstehenden Gebäuden liberaler werden, um der Gründerszene (aber auch Künstlern) die Möglichkeit zu geben, günstigen Raum für ihre Aktivitäten zu bekommen – diese Szene kehrt vor allem auch wegen der hohen Kosten derzeit München zu Gunsten von Berlin den Rücken. Hier entsteht dann möglicherweise das Siemens von morgen.

## **1.8 Fortentwicklung des Münchner Gewerbehofprogramms**

Wir wollen Kleinunternehmen und Mittelständler in der Stadt halten, denn München lebt auch von seiner Mischung aus High-Tech und Handwerk. Dies ist insbesondere angesichts des Drucks auf die Immobilienpreise und Mieten durch die Wohnungsnot eine immer größere Herausforderung. Kleingewerbetreibende müssen daher weiter durch eine Fortentwicklung des Münchner Gewerbehofprogramms unterstützt werden, weil sie dadurch gute Startmöglichkeiten für ihr Geschäft bekommen.



## **1.9 Fokussierung der städtischen Unternehmen auf kommunale Aufgaben**

Städtische Unternehmen, allen voran die Stadtwerke München GmbH mit ihren Tochterunternehmungen, haben neben ihrem unternehmerischen Auftritt am Markt und der Beibehaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auch einen weitergehenden Zweck, der sich aus der Eignerschaft der Landeshauptstadt München ergibt. Sie müssen auch eine Sozial- und Gemeinwohlorientierung beibehalten. Nur dadurch rechtfertigt es sich, dass die Landeshauptstadt München eigene Unternehmungen betreibt.

Es gilt, die Rolle und die Aufgabe dieser Unternehmen als Instrument der Stadt zur Erreichung städtischer und sozialer Ziele weiter zu schärfen. Hier legen wir insbesondere auch Wert auf eine transparente, verbraucherfreundliche Preis- und Gebührenpolitik, auf zuverlässige Versorgung zu höchster Qualität und modernen, kundenfreundlichen Service.

Ein unnötiger und unfairer Wettbewerb gerade mit der mittelständischen Wirtschaft und dem Handwerk ist dabei ausdrücklich zu vermeiden. In diesem Sinne ist auch zu überprüfen, warum ein quasi monopolistisches städtisches Versorgungsunternehmen seit Jahren eine aufwendige Imagewerbekampagne auf Kosten der Verbraucher und des Steuerzahlers durchführt.

## **1.10 Strategische Vorbereitung auf die weltweite Energieverknappung**

Der langfristige zu beobachtende Anstieg der Preise für Primärenergieträger ist nach Expertenmeinung nur der Anfang einer massiven Verteuerung der Energiekosten, die durch eine Verknappung der Rohstoffe und den stark steigenden Bedarf durch den wirtschaftlichen Aufstieg Asiens verursacht werden. Verschärft wird diese Situation in Deutschland durch die schwierige Energiewende.

Die Stadt München ist vom Kernenergieausstieg Deutschlands direkt betroffen. Im Jahr 2021/22 wird das KKW Isar 2 in Ohu stillgelegt. Damit verlieren die SWM eine gesicherte Stromerzeugungskapazität von ca. 400 MW und die entsprechende Stromproduktionsmenge. Insofern wird die Versorgungssicherheit einerseits und die Strombeschaffung andererseits für München neu zu regeln sein.

Um den Standort München zu sichern, muss sich die Landeshauptstadt auf diese Entwicklung vorbereiten und die kommunale Energie- und Fernwärmeproduktion stufenweise von Öl und Gas abkoppeln, kurzfristig aber die Versorgungssicherheit gewährleisten.

Versorgungssicherheit entsteht zwar einerseits kurzfristig durch zusätzliche fossile Erzeugungskapazität (400 MW), aber auch Pumpspeicherkapazität in Bayern (i.H.v. 500 bis 700 MW, wobei dies aber nur Lastschwankungen von ein bis zwei Tagen ausgleichen kann), und andererseits durch den Anschluss an überregionale Stromtransportnetze (HGÜ = Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung) und den Aufbau intelligenter Speicher und Steuerungssysteme, welche die Grundlage für die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen sind.

Die Investitionen der SWM müssen daher in solche Projekte umgelenkt und Investitionen z.B. in Windkraftprojekte vor Schottland, die für Münchens Versorgung direkt nichts bringen, unterlassen werden.

Das möglicherweise interessanteste und effektivste Feld um auch die Energieverknappung zu reagieren ist das der Energieeinsparung. Hier sollte die energetische Sanierung von Gebäuden, auf die die Stadt direkt oder indirekt Zugriff hat, im Fokus stehen.

Generell sollte bei Großimmobilien überall dort, wo keine Fernwärme liegt, eine neue Kraftwärmekopplung eingebaut werden. Bei Neubauten sollte grundsätzlich nach den Grundsätzen der passiven Solarnutzung geplant werden.

Das Prinzip des Kosten-Nutzen Optimums sollte auch für alle Maßnahmen unter der Überschrift ‚Energiewende‘ gelten. Grundsätzlich sind alle Maßnahmen auch unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung als unwirtschaftlich einzustufen, wenn die Kapitalrückflusszeit solcher Maßnahmen länger als 10 Jahre beträgt. Mit der Folge, dass solche Investitionen zu unterlassen sind.

Ein weiteres Feld sind die Energie und CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Verkehr:

- Die bisherige Stadtpolitik der Behinderung des Autoverkehrs sollte aufgegeben werden zugunsten eines Maßnahmenkataloges zur Verflüssigung des Autoverkehrs.
- Anstelle neuer Straßenbahntrassen sollten kostengünstigere Bussysteme mit eigener Fahrspur mit Erdgas bzw. Hybridantrieb eingesetzt werden.
- Bei Neuanschaffungen für den städtischen Fuhrpark sollten nur Fahrzeuge mit Erdgas oder Hybridelektro oder einem Verbrauch unter 5 ltr/100km berücksichtigt werden.
- Insgesamt sollte München Technologien fördern, die Benzin, Diesel aber auch Gas als Treibstoff für den Individualverkehr ersetzen, z.B. bei Taxis. Der Aufbau eines Netzes von Ladestationen und Biodiesel-Tankstellen wie die Förderung von Wasserstoff-Tankstellen und ein Förderprogramm für die Umrüstung der Münchner Taxen auf Erdgas sind hier als Beispiele zu nennen.

### **1.11 Bessere Öffnungszeiten – verkaufsoffene Sonntage und längere Öffnungszeiten für die Gastronomie**

Die Stadt München belegt im Bereich Ladenöffnungszeiten an Sonntagen einen bundesweiten Abstiegsplatz. Eine Ausweitung auf mindestens zwei verkaufsoffene Sonntage in der Saison und die Verlängerung der Öffnungszeiten bis 22 Uhr ist dringend notwendig und für die Bürger und Einzelhandelsunternehmen wünschenswert, um auf der einen Seite den Service und auf der anderen Seite die Umsätze zu steigern. Es gilt der Grundsatz, dass das Volumen des Konsums nicht gleich bleibt, sondern mit einer Steigerung des Angebotes auch zunehmen wird, wenn auch sicherlich nicht direkt proportional.

Eine solche Maßnahme kann nicht nur für mehr Umsatz, sondern auch für mehr Lebensqualität sorgen.

## 2. Wohnungsbau und Stadtplanung

### 2.1 Grundsätzliches

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist nicht nur gesellschaftspolitisch und sozial untragbar, er zieht auch einen Mangel an Fachkräften nach sich. Laut Münchner Jahreswirtschaftsbericht 2013 wird in München, im Gegensatz zu anderen Metropolen, ein Bevölkerungszuwachs auch für die nächsten Jahre erwartet. Das bedeutet: Die Umstände müssen dem Zuwachs angepasst werden – Gewerbeflächen ebenso wie Wohnraum. Bezahlbarer Wohnraum ist für Azubis, Studenten und Fachkräfte ebenfalls eine der Grundvoraussetzungen sich in München anzusiedeln.

Nur Wohnungsbau kann die Wohnungsnot wirksam bekämpfen: Bezahlbarer Wohnraum ist langfristig nur erreichbar, indem das Angebot an Wohnungen die Nachfrage übersteigt. Nur dann werden die Mieten nachhaltig sinken oder zumindest nicht weiter steigen. Da dies ein langfristiger Weg ist, sind zusätzlich verschiedene Sofortmaßnahmen sinnvoll.

Der limitierende Faktor ist sicher der Mangel an bebaubaren Grundstücken bzw. das Maß des Baurechts auf diesen, daher muss hier auf der einen Seite innerhalb der Stadt angesetzt werden und auf der anderen Seite die Kooperation mit dem Umland gesucht werden: Ohne das Umland wird es keine Lösung geben.

Eine künstliche Steuerung des Mietpreises ist nicht sinnvoll, da dies wie Beispiele anderer Städte gezeigt haben zu einem Schwarzmarkt mit Sonderzahlungen (im Endeffekt Bestechung) führt – und damit wieder zu dann verdeckten hohen Preisen.

Der Mietpreis ist ein Ergebnis der Kosten für die Erstellung des Wohnraums und der Renditeerwartung des Wohnungseigentümers. Selbst der normale Sparkassenkunde erwartet mit Recht eine Verzinsung seines langfristig sicher angelegten Ersparnis mit 3 Prozent. Wenn man noch 2 Prozent für Instandhaltung und Reparaturen einrechnet benötigt er eine Verzinsung seines Kapitals von 5 Prozent.

Die Baukosten für eine Wohnung mittleren Standards, also die Kosten für Handwerker, Planer und Material, belaufen sich auf ca. 2.000 Euro brutto. Mit der Finanzierung (Annahme der derzeit niedrigen Zinsen) für die Bauzeit ergeben sich daraus ca. 2.200 Euro brutto. Bei einer Verzinsung von 5 Prozent ergibt sich hieraus eine Monatsmiete von ca. 9,20 Euro / m<sup>2</sup> brutto kalt. Hinzu kommen noch die Grundstückskosten: Mit jedem 250 Euro Grundstückskaufpreis pro m<sup>2</sup> Wohnraum kommt 1 Euro Bruttomiete hinzu. Bei einem Grundstücksanteil von 1.500 Euro bis 2.000 Euro in gar nicht einmal hochpreisigen Lagen in München ergibt sich daraus ein Unterschied von 6 – 8 Euro / m<sup>2</sup> brutto pro Monat. Aus den 9,20 Euro / m<sup>2</sup> werden damit 15,20 Euro bis 17,20 Euro – oder eben eine Verzinsung des Kapitals von unter 3 Prozent für die oftmals privaten Anleger.

## **2.2 Bei den Grundstücken und nicht bei der Miete ansetzen**

Da die Flexibilität der Bau- und Finanzierungskosten gering ist und angesichts der in den letzten Jahren meist ohne Zutun der Eigentümer stark gestiegenen Grundstückspreise läge die einzig sinnvolle und halbwegs gerechte Regulierungsmöglichkeit im Regulieren der Grundstückspreise.

Insgesamt ist dies ein schwieriges Thema, eine Lösung könnte aber sein, dass die Wertsteigerung der Grundstücke über eine Erweiterung der „SOBON“<sup>1</sup> teilweise zur Finanzierung von bezahlbarem Wohnraum herangezogen werden, indem bei jedem neuen Wohnbauprojekt auf einem dafür neu erworbenem Grundstück – zusätzlich zu bereits bestehenden Anteilen für gefördertes Wohnen – 25 Prozent der Flächen Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen angeboten werden müssen. Der dem Bauträger bzw. Vermieter dadurch entstehende Verlust (Mietdifferenz auf 20 Jahre) ist durch eine Erhöhung des Baurechts auszugleichen, die nicht durch den Verkäufer des Grundstückes abgeschöpft werden darf.

Gleichzeitig sollte die Stadt ein Programm entwickeln, in dem städtische Grundstücke nur mehr über Erbbaurechtsmodelle vergeben und nicht mehr verkauft werden, während in den Erbbaurechtsverträgen Nutzungsarten und Mietpreise festgelegt werden, die dann mit der Höhe der Erbpacht korrelieren. Ggf. kann man den einzelnen Mietern zur Bildung von Eigentum noch Ankaufsrechte für die Wohnung und den Eintritt in den Erbbaurechtsvertrag einräumen.

## **2.3 Mehr Wohnraum durch sinnvolle Verdichtung**

Insgesamt muss München ein verbindliches Gesamtkonzept für eine sinnvolle Verdichtung entwickeln und umsetzen. Außerdem muss bei den derzeit in Aufstellung befindlichen Bebauungsplänen in den größeren Entwicklungsgebieten (Freiham Nord, Kasernengebiete) deutlich mehr Baurecht ausgewiesen werden als bislang vorgesehen.

Für alle zum Wohnen geeigneten Bereiche des Stadtgebiets, für die bisher kein Bebauungsplan besteht (Innenbereich gem. §34 BauGB) soll eine „Neue Münchner Staffelbauordnung“ als einfacher Bebauungsplan aufgestellt werden, der eine geordnete Erhöhung der Geschosseanzahl ermöglicht. Die Erhöhung soll in geeigneten Bereichen bis zu 8 Stockwerke (Erdgeschoss + 6 + Dachgeschoss) betragen können, soweit nicht eine besondere Schutzbedürftigkeit vorliegt, wie z.B. Denkmalschutz oder Gartenstädte. Bezüglich der Abstandsflächen sollten Ausnahmen zugelassen werden, wenn diese vertretbar sind (siehe auch Bauordnung Baden-Württemberg). Diese Schutzbedürftigkeit ist durch Stadtratsbeschlüsse festzulegen.

Im Umkreis von 500 m um U- oder S-Bahnstationen sollte eine zusätzliche Erhöhung des Baurechts im ganzen Stadtgebiet geprüft werden, z.B. durch eine Erhöhung der GRZ

---

<sup>1</sup> SOBON ist ein bestehendes Instrument der LH München, um Grundstückseigentümer im Rahmen eines Bebauungsplanes an allgemeinen Kosten (Infrastruktur, Schaffung von Sozialwohnungen) zu beteiligen. Eine „SOBON G“ wäre insofern neu bzw. eine Erweiterung der SOBON, als man gezielt Teile der Wertsteigerung für noch mehr günstige Wohnungen verwendet und das durch Baurecht ausgleicht. Diesen Baurechtsausgleich gibt es bisher nicht.

(Grundflächenzahl) auf 0,8 und der GFZ (Geschossflächenzahl) auf 4, maximal jedoch auf 150 Prozent des bestehenden Baurechts. Dabei muss natürlich auch die notwendige Infrastruktur rechtzeitig mitberücksichtigt und genehmigt werden. Zusätzlich sollte eine weitere Erhöhung z.B. auf 200 Prozent denkbar sein, wenn diese durch die Landeshauptstadt München (LHM) oder einen von ihr zertifizierten Gutachter genehmigt wird.

Es sollte systematisch durch vereinfachte Bebauungspläne nach §13 a BauGB die in München verbreitete sogenannte „Zeilenbebauung“ in Blockrandbebauung umgewandelt werden. Generell sollte von der Möglichkeit dieses beschleunigten Verfahrens mehr Gebrauch gemacht und das Verfahren so umgesetzt werden, wie der Gesetzgeber es vorgesehen hat und nicht aufwändiger, als es heute in München der Fall ist.

Wo möglich, soll die Überbauung von Straßen und Eisenbahnen vorangetrieben werden. Dies gilt sowohl für Autobahnen und Zubringerstraßen durch Deckel als auch für innerstädtische Straßen durch „Brücken“.

Die Forderung nach 17 m<sup>2</sup> Grünfläche pro Einwohner bei Neuplanungen ist kritisch zu überprüfen. Eine ausreichende Grünflächenversorgung kann auch mit weniger Flächenverbrauch gewährleistet werden.

Bei neuen Bebauungsplänen über alle Nutzungsarten mit Ausnahme der reinen gewerblichen Nutzung sowie anderen ungeeigneten Sondernutzungen ist grundsätzlich ein Wohnanteil von bis zu 50 Prozent als genehmigungsfähig vorzusehen, wenn der Immissionsschutz dies zulässt. Ein Mindestanteil von 30 Prozent ist festzuschreiben. Insbesondere bei Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden soll Wohnnutzung mit integriert werden.

Im Rahmen eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes für Hochhäuser in München muss die Stadt München prüfen, wo „Cluster“ mit hohen Wohnhäusern möglich sind. Dazu müssen die Bürger befragt werden. Bei Zustimmung ist das Konzept dann konsequent umzusetzen.

Die Stadt muss ein Anreizprogramm für Mieter schaffen, die aus historischen Gründen in zu großen Wohnungen leben, um diese zu einem Umzug in kleinere Wohnungen oder in Abstimmung mit dem Vermieter zu einer Teilung der Wohnungen zu bewegen. Hierzu sind Beratungsstellen und „Börsen“ einzurichten.

## **2.4 Wohnungsbau durch die LH München**

Die Stadt München darf städtische Grundstücke, die sich zu Wohnzwecken eignen, nicht mehr nach dem Höchstpreisgebot veräußern, sondern muss diese entweder als Erbpacht-Investorenmodell ausschreiben oder auf diesen mit den bestehenden städtischen Wohnungsbaugesellschaften oder neu zu gründenden Wohnungen bauen, die zu vertraglichen Mieten an Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen vermietet werden. Hier könnte auch insbesondere mit kostenreduzierten Standards gebaut werden. Die Miete ist dabei als Sockelmiete mit einer einkommensabhängigen Steigerung zu gestalten, damit ein Umzug motiviert wird, sobald es die Einkommensverhältnisse zulassen.

Durch die mittelfristig niedrigen Zinsen ist die Stadt in der Lage, diese Wohnungsbauten vollständig zu finanzieren und damit den Stadthaushalt nicht zu belasten.

Sollte die LH München die Grundstücke günstig im Erbbaurecht an Investoren oder Genossenschaften ausschreiben, haben diese die gleichen Bedingungen zu erfüllen wie oben beschrieben.

In diesem Zusammenhang fordern wir auch, schnellstens den eklatanten Leerstand von städtischen Wohnungen aufzuheben und diese wieder dem Mietmarkt zur Verfügung zu stellen.

## **2.5 Mehr Wohnraum im Umland und in der Europäischen Metropolregion (EMM)**

München braucht zur Lösung des Wohnraumproblems das Umland. Hier sind Strukturen zu schaffen, die auf der einen Seite eine gemeinsame Planung und die Entwicklung der notwendigen Infrastruktur ermöglichen und auf der anderen Seite den Wohnungsbau für das Umland attraktiv machen.

Für kleine Gemeinden ist grundsätzlich die Schaffung von Wohnraum, insbesondere im Vergleich von Gewerbegebieten, wenig attraktiv, da die Kosten für die notwendige Infrastruktur von neuen Bürgern (Schulen, Kindergärten, Transport etc.) höher sind als die durch die neuen Bewohner generierten Steuereinnahmen.

Gemeinden im Umland, die Wohnraum schaffen, sind daher durch die LH München finanziell zu unterstützen, sofern die ÖPNV-Anbindung geeignet ist. In diesem Sinne ist die gezielte und dosierte Umsiedlung von Gewerbebetrieben von München in Umlandgemeinden, die Wohnraum schaffen, zu prüfen, wenn auf den freiwerdenden Flächen in München Wohnungsbau entstehen kann. Entscheidend ist bei einer solchen Umsiedlung, dass durch sie sowohl im Umland zusätzlicher Wohnraum angeboten wird als auch in München.

Es sollte darüber hinaus untersucht werden, ob es die Möglichkeit gibt, im Münchner Umland neue ökologische Landstädte zu bauen, die mit einer eigenen Express S-Bahn oder eigenen neuen Schnellbahnverbindung an Autobahnknoten oder Ausfahrten errichtet werden und nach den neuesten städtebaulichen Erkenntnissen sowie nach ökologischen Gesichtspunkten als Energie Plus Städte konzipiert werden.

In sämtlichen Mittelstädten wie Landsberg, Ingolstadt, Rosenheim etc. in der EMM sind Expressverbindungen einzurichten, um Wohnen dort mit Arbeiten in München verträglich zu verbinden. Auch die An- bzw. Umsiedlung von Arbeitsplätzen ist in einer in der EMM koordinierten Wirtschaftspolitik denkbar.

## **2.6 Beschleunigung von Baurecht**

Einer der wesentlichen Hebel bei der Bekämpfung der Wohnungsknappheit liegt in der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und dem Abbau von unnötigen Anforderungen an den Wohnungsbau zur Kostensenkung.

Ein erster wichtiger Schritt wäre hier die Verbesserung der personellen Ausstattung der Genehmigungsbehörden und die Schaffung effektiverer Verwaltungsstrukturen, insbesondere die Abstimmung zwischen den einzelnen städtischen Referate ist verbesserungsfähig.

Außerdem ist ein Abbau von bürokratischen Hindernissen notwendig, dazu eignen sich wiederum grundsätzliche Maßnahmen:

- Gesetzliche Vorgaben sind umzusetzen, ohne dass sie noch erweitert werden (z.B. im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB).
- Materielle Standards des Baurechts (Straßenbreiten etc.) sind zu überprüfen und zu reduzieren, insbesondere die Stellplatzsatzung ist ersatzlos abzuschaffen.
- Die Verwaltung ist anzuweisen, den §34 so liberal wie möglich auszulegen, soweit Nachbarrechte nicht verletzt werden.

Alleine die Möglichkeit, vorhabenbezogene Bebauungspläne in Kombination mit dem §13 a BauGB umzusetzen und dabei stärker Aufgaben auf externe Planungsbeteiligte zu verlagern, würde nach Ansicht von Experten die Erstellung von Bebauungsplänen innerhalb von 6 - 9 Monaten statt 2 - 3 Jahren ermöglichen.

Gleichzeitig würden durch die Verlagerung von Aufgaben auf externe Beteiligte manche Bebauungspläne überhaupt erst begonnen werden, die derzeit aus Kapazitätsgründen nicht bearbeitet werden. Die bisherige Praxis und Umsetzung der Verwaltung der LH München ist daher aufzugeben und der Einsatz dieses rechtlich verfügbaren Instrumentes ist ohne zusätzliche Hürden der LH München zu ermöglichen. Der Bauwerber hat einen Anspruch auf dieses Instrument zu erhalten, wo dies rechtlich möglich ist.

Aufstellungsbeschlüsse von Bebauungsplänen und die damit verbundene Veränderungssperre sind auf 2 Jahre zu begrenzen. Wenn der B-Plan innerhalb dieser Frist nicht aufgestellt wird, sollte der Aufstellungsbeschluss verfallen und nicht einfach durch einen neuen ersetzt werden können.

Der Bauwerber soll auch den Anspruch auf Aufhebung eines Bebauungsplanes haben, wenn dieser nicht gelebt wird und die LH München die Aufstellung eines neuen innerhalb von 6 Monaten verweigert. An seine Stelle tritt dann Baurecht nach §34.

Es sollte stärker von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, Gewerbegebiete in Misch-/Kerngebiete mittels eines vereinfachten Bebauungsplanverfahrens umzuwandeln, sofern der Immissionsschutz dies zulässt. Es kann hierbei auch darüber nachgedacht werden, die Emissionen zu reduzieren und die Kosten dafür den Betrieben über die Gewinne aus dem geschaffenen Baurecht zu erstatten. Um die Verträglichkeit der verschiedenen Nutzungen untereinander baurechtlich zu erleichtern, sollte sich die LH München für eine Reform der BauNV einsetzen, die den Immissionsschutz nicht mehr zeitgerecht regelt.

Bei Anträgen auf Vorbescheid für Wohnungsbauvorhaben sollte der bestehende Anspruch auf einen Bescheid innerhalb von 3 Monaten durch den Zusatz untermauert werden, dass dieser als genehmigt gilt, wenn kein Bescheid ergeht und dass der Antragsteller Anspruch auf Schadensersatz hat, falls eine unberechtigte Ablehnung (zur Fristwahrung) erfolgt.

Es sollte eine Kategorie von zertifizierten Architekturbüros geschaffen werden, die berechtigt sind, verbindliche Vorprüfungen für die Lokalbaukommission (LBK) bei Bauanträgen und Anträgen auf Vorbescheid durchzuführen und ggf. sogar berechtigt sind, bei einfachen Verfahren (z.B. im Rahmen eines B-Plans) Baugenehmigungen auszustellen. Diese Büros sollten dann selber in München nicht mehr aktiv planen dürfen.

Der Einsatz von städtebaulichen Wettbewerben ist behutsam durchzuführen. Es gilt stets zu prüfen ob die gewünschte architektonische Qualität auch anders zu erreichen ist, z.B. über ein kooperatives Verfahren.

## **2.7 Günstige Mietwohnungen für Selbstausbauer**

Die LH München soll die Erbauer und Eigentümer von Wohnungen durch entsprechendes Baurecht und den Abbau von nicht sicherheitsrelevanten Bestimmungen ermutigen, Wohnungen zu errichten, die sie im Rohbau (keine Innenwände, keine nicht sicherheitsrelevante Haustechnik, keine Einbauten) mit den notwendigen Anschlusspunkten für die Haustechnik günstig an Personen vermietet, die sich die Wohnungen selber ausbauen. Hierbei sollte ein Mietpreis möglich sein, der bis zu 2 Euro günstiger ist als der der ausgebauten Wohnung. Bei Auszug des Mieters ist entweder eine Ablöse oder ein Rückbau zu vereinbaren.

## **2.8 Wohneigentum fördern**

Neben der Förderung von Mietwohnungsbau müssen Bund, Land und Kommune den Aufbau von Wohneigentum vor allem für einkommensschwache Schichten wieder fördern. Damit können nicht nur mehr Wohnraum geschaffen und die Mietbelastung gesenkt, sondern auch ein Beitrag zur Reduktion der Ungleichheit der Vermögensverteilung in Deutschland und der Aufbau des im europäischen Vergleich sehr niedrigen Volksvermögens in Deutschland geleistet werden. Gleichzeitig lässt sich hiermit wirksam der Altersarmut vorbeugen, die „Landflucht“ bekämpfen und die Verwahrlosung von Wohnquartieren verhindern.

Dies ist sowohl über die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung (Bund) sowie durch direkte Zuschüsse (Land und Kommune) und die Ausweisung von Grundstücken für solche Modelle (Kommune) zu erreichen.

Bei Wiedereinführung der degressiven AfA ist diese zudem regional nach Förderbedarf (Wohnraumangel) auszugestalten und die Abschreibung ebenfalls an den Mietpreis zu koppeln. Vereinfacht gesagt, soll eine niedrigere Miete zu einer höheren Abschreibung führen. Hierfür ist von den Kommunen unter der Führung der LH München mit dem Bund ein ausgewogenes Modell zu entwickeln.

Als weitere Möglichkeiten bieten sich hier die günstige Zurverfügungstellung von speziell hierfür gewidmeten Grundstücken, die Ausreichung von Mikrokrediten mit Sonderkonditionen, die Lockerung der baurechtlichen Auflagen in Sonderzonen für Selbstausbauer und der Verkauf von städtischen Wohnungen an die Mieter an. Der Verkauf



von städtischen Wohnungen, finanziert über Mikrokredite, würde darüber hinaus Einnahmen für die Stadtkasse generieren.

Die LH München ist aufgefordert, insbesondere gemeinsam mit den staatlichen Förderbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken Finanzierungsprogramme für solche Zwecke mit günstigen Konditionen ohne Gewinnerzielungsabsicht und bei Übernahme des Ausfallrisikos durch die Stadt zu entwickeln.

## **2.9 Förderung von kleinteiligen, privaten Investitionen**

Viele Investitionen in Wohnungsimmobilien werden durch private Anleger getätigt, die als Vermögensbestandteil, als Alterssicherung oder zur Schaffung von Wohneigentum für den Ruhestand in Wohnraum investieren. Diese Privatpersonen fühlen sich durch das geltende Mietrecht benachteiligt, da Sie oftmals nur eine oder zumindest sehr wenige Wohnungen besitzen und durch Streitigkeiten mit dem Mieter, Mietnomaden oder Investitionen in Renovierungs- oder Sanierungsmaßnahmen sehr stark belastet werden. Viele dieser potentiellen Erbauer oder Käufer von Wohnungen scheuen daher vor der Investition in eine Wohnung zurück. Es muss daher bei der Mietgesetzgebung zwischen professionellen Vermietern und Investoren und kleinen Vermietern unterschieden werden. Für diese sind Sonderregelungen zu schaffen, um ihnen die Sorge zu nehmen, dass sie in einer Auseinandersetzung mit dem Mieter grundsätzlich benachteiligt und ihre Ersparnisse gefährdet sind.

## **3. Tourismuspolitik**

### **3.1 Tourismus in München als Chance nutzen**

München besitzt mit der erfolgreichen städtischen Veranstaltung des Oktoberfestes, aber auch mit privaten inszenierten „Highlights“ wie der BMW-Welt, seinen Messen und Ausstellungen auf dem Messegelände Riem, seinem Flair und seinem Charme, etwa durch die Münchner Biergärten, eine große Tradition und Attraktivität. München kann aber noch deutlich mehr.

München muss ein einheitliches Profil und eine einheitliche Strategie im Hinblick auf den Tourismus entwickeln. Zielgruppe sind dabei zwar vor allem Gäste, aber auch die eigene Bevölkerung. Das Ziel sollte sein, München als Stadt für Touristen „aus einem Guss“ zu präsentieren. Ein getrennter, professioneller Webauftritt, auf Touristen zugeschnitten, ist hierbei unbedingt notwendig.

Insbesondere eine Verstetigung der Nachfrage im Jahresverlauf sollte angestrebt werden, die Grundlagen dafür liegen vor, wie z.B. Kunstareal, das als Marke aufgebaut werden kann.

Die Stadt sollte dabei auf die Bürger zugehen: ergebnisoffen und neutral die Haltung der Bürger feststellen und etwaige Probleme ergründen, Verständnis generieren und die Menschen für den Tourismus in München gewinnen.

Insgesamt muss die Bedeutung des Tourismussektors für die wirtschaftliche Entwicklung mehr anerkannt werden. Wichtige Ereignisse wie z.B. große Kongresse sollten als Chefsache gesehen werden und erfordern ggf. die Anwesenheit eines hochrangigen Vertreters der LH München.

### **3.2 Bestehende kulturelle Attraktionen besser nutzen**

Großes Potential steckt in den hervorragenden staatlichen und städtischen Kultureinrichtungen: Drei Weltklasse-Orchester – die Münchner Philharmoniker, das Bayerische Staatsorchester der Oper und das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks –, zwei Handvoll Spitzenmuseen im Bereich der bildenden Kunst, wie etwa die Lenbach-Galerie, die Alte, die Neue und die Pinakothek der Moderne, das Museum Brandhorst, die städtischen und staatlichen Theater, wie die Münchner Kammerspiele, das Volkstheater oder das Residenztheater, bilden zusammen einen ungeheuren Kulturschatz, der viel stärker zusammen mit dem Freistaat vermarktet werden muss. Die Schaffung eines einheitlichen Außenauftritts durch ein gemeinsames Logo und eine Wegführung für die Museumsbesucher auf dem sog. Kunstareal sind dabei lediglich ein Anfang. Hier müssen deutlich größere Anstrengungen unternommen werden, um zu einer gemeinsamen Vermarktung dieser Kulturschätze zu kommen.

### **3.3 Weitere Potentiale aktiv entdecken und fördern**

Insbesondere die Bedeutung als Messe- und Kongressstadt sollte noch deutlich stärker herausgestellt werden. München ist bereits ein bedeutender Messestandort, kann diesen aber noch ausbauen und vor allem im internationalen Kongresswesen noch wesentlich mehr Potential heben.

Aber auch weitere Potentiale Münchens im Tourismus, wie beispielsweise München als ökologische Stadt, das Gärtnerplatzviertel als Anziehungspunkt für Homosexuelle und Transgender, der Münchner Tierpark, wichtige Sportereignisse, München als Gesundheits- und Krankenhausstandort usw., müssen in einer groß angelegten Gesamtstrategie noch stärker herausgestellt und ausgeschöpft werden.

Insbesondere der Bereich Sport und Tourismus kann und muss intensiver gefördert werden. Internationale Veranstaltungen mit Strahlkraft müssen gezielt nach München geholt werden. Diese erfordern zunehmend Bürgschaften durch die Stadt, die bisher ungern gegeben werden. Hier muss die offizielle Position der Stadt überdacht und eine sinnvolle Regelung gefunden werden.

Man sollte auch die Betreuung von ausländischen Studenten verbessern, um hier langfristige Bindungen und ein dauerhaftes Potential zu schaffen.

### **3.4 Tourismus Initiative München (TIM) – ein guter Anfang**

Die Einbeziehung von privaten Akteuren bringt frischen Wind. Dabei kann die neu geschaffene Tourismus-Kommission, in der neben der Stadt auch Vertreter der im Tourismus tätigen Branchen mitwirken, ein zwar sehr begrüßenswerter, aber nur anfänglicher Schritt sein. München muss hier seine Kräfte besser entfalten und seine Möglichkeiten schneller und besser erschließen. Ziel muss die Schaffung einer schlagkräftigen Tourismus Gesellschaft für München sein, wie sie in anderen Städten wie Wien bereits erfolgreich wirkt. In diesem Zusammenhang ist eine enge Zusammenarbeit mit dem neuen Tourismusverband München-Oberbayern anzustreben.

Am 19.06.2012 wurde die „Tourismus Initiative München (TIM) e.V.“ gegründet. Wirtschaft und Stadt bilden gemeinsam eine Tourismuskommission, die paritätisch besetzt ist und über die Verwendung eines je hälftig eingebrachten Budgets von bislang einer Million Euro entscheidet. Beide Seiten entsenden jeweils sieben Mitglieder, die sich aus den sieben Vorständen von TIM e.V. und sieben Stadtratsmitgliedern rekrutieren, mit jeweils einer Stimme. Den Vorsitz führt der Referent für Arbeit und Wirtschaft, der eine weitere Stimme hat. Die Kommission setzt Arbeitsgruppen ein und steuert diese. Hierdurch kann erstmalig auf die Entwicklung und Fortschreibung der zukünftigen Tourismusstrategie und Markenbildung Münchens Einfluss genommen werden.

Über diese Strategie und das Budget des Tourismusfonds wird gemeinsam entschieden. Somit ist erstmals eine Einflussnahme der Wirtschaft auf den Einsatz des Gesamtbudgets und damit die Aktivitäten von „München Tourismus“ der Landeshauptstadt möglich. Ziel ist es, die touristische Marke Münchens professionell weiter zu entwickeln und auf Basis einer gemeinsamen Tourismusstrategie von Stadt und Wirtschaft zu managen. Hierbei gilt es, eine Marketingstrategie mit klarer Definition von Zielmärkten und Zielgruppen, abgestimmten Umsetzungsplänen und einem professionellen Vertrieb vorzunehmen. Diese Strategie muss permanent durch Marktforschung und Marketingcontrolling begleitet werden. Die Kerngeschäftsfelder wie insbesondere Kongresse, Sport-, Kultur- und Freizeiterlebnis sollen erweitert werden. Dies erfolgt durch einen kontinuierlichen Dialog und Meinungs austausch der touristischen Leistungsträger mit der Stadt. Das Ziel hierbei ist, eine langfristige strategische Positionierung Münchens im internationalen Städte-Tourismus, vernetzt mit dem Bayern- und Deutschlandtourismus. Hierbei erhofft sich der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband (BHG) neben einem qualitativen touristischen Wachstum insbesondere auch eine kampagnengetriebene Aktivierung von Gästen in Low-Season-Zeiten und damit eine Verstärkung der touristischen Nachfrage.

Nun gilt es dieses „Münchner Modell“ weiter zu entwickeln.

### **3.5 Tourismusstruktur und -koordination bayernweit**

Bayern hat – obwohl der Tourismus flächendeckend als „Leitökonomie“ anerkannt ist – kein Tourismusministerium, oder zumindest keine Abteilung im Wirtschaftsministerium, wo alle Aktivitäten gebündelt sind. Somit ist die Zuständigkeit für diese Leitökonomie regional und lokal auf zahlreiche und unterschiedliche Ämter und Organisationen aufgeteilt. Es besteht

somit eine mehrstufige, bürokratische Organisationshierarchie, die sich an politischen Grenzen orientiert: Landesebene, Regionalebene, Bezirksebene und Kreis- bzw. Kommunalebene. Wir sind der Auffassung, dass sich eine zukunftsfähige Tourismusstruktur und eine moderne touristische Vermarktung an touristischen Destinationen orientieren muss und dort eine Koordination erfolgen sollte, insbesondere auch in München. München braucht aufbauen auf der Tourismus Initiative München TIM eine noch selbständigere und marktwirtschaftlicher orientierte Tourismus Gesellschaft.

Mehr denn je sollen sich auch die privaten Leistungsträger vor Ort stärker bei den Marketingstrategien einbringen können. Die Vermarktungsstrategien, Maßnahmen und Budgets müssen stärker zentral vernetzt und koordiniert werden. Denn modernes Tourismusmarketing muss vor allem auf die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung (bis in Regionen Bayerns hinein, in denen kein DAX-Unternehmen mehr zu finden ist) ausgerichtet sein.

Die Landeshauptstadt München als touristisches „Nachfrage-Cluster“ in Bayern sollte bei dieser Koordination zukünftig verstärkt konstruktiv mitwirken, um politische „Grenzen“ durchlässig zu machen, die nur in den Köpfen der Verwaltung, aber nicht in jenen unserer internationalen touristischen Zielgruppen existieren.

### **3.6 Gewerbliche Vermietung von Privatwohnungen**

Der Trend „Weg vom Hotelzimmer – hin zum Apartment“ hat den privaten Wohnungsmarkt erreicht. Viele Wohnungseigentümer oder -mieter sehen darin eine lukrative Einnahmequelle. So werden immer mehr Privatwohnungen trotz der akuten Wohnungsnot in München jeden Tag des Jahres auch für kurze Aufenthalte an Touristen vermietet (in Portalen wie wimdu.de oder airbnb.de gibt es z.B. pro Tag wenigstens je 500 Angebote). In München wächst der sog. „Graumarkt“ professionell vermarkteter Ferienwohnungen und Privatapartments mit steigenden Übernachtungszahlen ständig. Die regelmäßige, im Internet (auch für das zuständige Sozialreferat) klar nachvollziehbare Nutzung von Wohnraum durch Vermietung an Touristen stellt aber eine unzweideutige Zweckentfremdung dar.

Bei diesem „Graumarkt“ handelt es sich um eine zunehmende Konkurrenz für die Hotellerie Münchens mit deutlich günstigeren Wettbewerbsbedingungen. Hierbei ist nicht nur an den steuerrechtlichen Aspekt zu denken, sondern insbesondere auch an die für Beherbergungsbetriebe gültigen Sicherheits- und Hygienestandards, die von „Graumarkt-Anbietern“ zumeist nicht eingehalten werden. So fehlen beispielsweise Feuerlöscher und Fluchtwegpläne, die für Hotels durch die Betriebsverordnung vorgeschrieben sind, oft völlig. Ebenso werden keinerlei gewerbe- oder auch jugendschutzrechtliche Vorschriften eingehalten. Es gibt auch kaum Transparenz über die Angebotsqualität, wie sie in der Hotellerie durch die Hotelklassifizierung gewährleistet ist. Dies konterkariert die Bestrebungen der Tourismusdestination München, klare Qualitätsaussagen zu ihrem Angebot im Sinne der Besucher dieser Stadt zu treffen.

Andere europäische Großstädte wie Amsterdam haben dieses Problem längst erkannt und gehen gegen diese Entwicklung vor.

Daher fordern wir, dass dieser Zweckentfremdung von Wohnraum auch in München schnell Einhalt geboten wird. Denn diese Entwicklung führt zum Verlust wertvollen Wohnraums und zur Wettbewerbsbenachteiligung konzessionierter Beherbergungsbetriebe.

## **4. Verwaltungspolitik**

### **4.1 Effizienzsteigerung und größere Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung**

Effizienz und Bürgerfreundlichkeit der Münchner Stadtverwaltung sind steigerungsfähig. Während an vielen Stellen falsch verstandener Bürokratieabbau betrieben wird, indem zwar die Behörden verkleinert werden, aber nicht deren Einfluss und deren Verantwortung, sollte sich die Stadt München auf die Umsetzung der Empfehlungen der Henzler Kommission konzentrieren und den Dienst am Bürger verbessern.

Ein wichtiger Schritt wäre hierbei die Umgestaltung der Verwaltung hin zu einer Struktur, in der jedem Bürger und jedem Unternehmen ein Ansprechpartner zur Verfügung steht, der Betreuung in allen Belangen anbietet, die so genannte One-Stop-Agency. Gleichzeitig sollte bei jeder Behörde geprüft werden, ob eine Privatisierung möglich ist. So wäre es z. B. grundsätzlich denkbar, die Lokalbaukommission in einen Dienstleister ähnlich dem TÜV umzuwandeln, mit den entsprechenden Gewährsträgerhaftungen auszustatten und zu privatisieren.

### **4.2 Quantitative Entbürokratisierung – Abbau von Aufgaben der Verwaltung**

Neben der Effizienzsteigerung der notwendigen Verwaltung sollten alle Aufgaben, die die kommunale Verwaltung erfüllt, auf den Prüfstand gestellt werden, ob hier eine direkte Beteiligung der Kommune überhaupt nötig ist oder aber diese Aufgabe der privaten Wirtschaft übertragen werden kann (ggf. unter städtischer Aufsicht und/oder subventioniert) – oder ob diese Aufgabe ganz entfallen kann. Als Vorgehensweise sollte ein Prinzip ähnlich dem der Saarländischen Landesregierung gewählt werden, bei dem alle Verwaltungsvorschriften abgeschafft wurden und nur diese wieder eingeführt wurden, deren Notwendigkeit nachgewiesen werden konnte.

### **4.3 Bauen in der Stadt**

Ein großes Ärgernis ist die Ablaufplanung der Baustellen in der Stadt. Nicht nur zur Ferienzeit, vor allem aber dann scheint es als ob die Stadt an allen Stellen gleichzeitig aufgerissen wird. Daher waren Staus in der verkehrssarmen Zeit viel stärker als zu Spitzenbelastungszeiten, in den vergangenen Sommerferien in fast allen vier Himmelsrichtungen der bayerischen Landeshauptstadt gang und gebe. Teilweise sind

Außenstadtbezirke zeitweise selbst unter Zugrundelegung noch hinnehmbarer Anfahrtszeiten kaum mehr zu erreichen.

Betrachtet man einzelne Baustellen, so hat man den Eindruck, dass die Baustelle zwar eröffnet wird, der Fortgang aber an der Baustelle immer wieder stockt, vor allem aber auch die Beendigung der Bauarbeiten auf sich warten lässt. So zog sich beispielsweise die Fertigstellung der Umgestaltung des Tals bei den Pflasterarbeiten dadurch unnötig lange hin, dass lediglich noch zwei Arbeiter in den letzten Wochen mit der Fertigstellung betraut waren. Daher müssen Baustellen in Zukunft eindeutig besser koordiniert werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass Bauarbeiten zügig und bündig durchgeführt werden. Die Einführung eines zentralen Baustellenmanagements ist daher dringend anzuraten.

#### **4.4 Städtisches Führungspersonal nach rein fachlichen Gesichtspunkten auswählen**

Bei dem Führungspersonal in der Verwaltung, aber vor allem bei den städtischen Gesellschaften muss Schluss sein mit der Vergabe der Posten nach Parteibuch. Das Desaster bei den städtischen Kliniken ist nur ein Beispiel dafür, wozu dies führt. In Zukunft müssen diese Positionen strikt nach Qualifikation vergeben werden. Die Einführung entsprechender Gutachterausschüsse oder anderer Gremien für die Beurteilung der Qualifikation ist zu prüfen.

#### **4.5 Städtische Mitarbeiter von Bürokratie entlasten und ihren Fokus auf den Dienst am Bürger richten**

Die städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen leisten mit ihrer Arbeit einen großen Dienst an den Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sind sie von unnötigen bürokratischen Aufgaben zu entlasten. Auch im Interesse der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist ein Bürokratieabbau dringend erforderlich. Im Vordergrund steht dabei eine ehrliche und klare Aufgabenkritik durch den Stadtrat. Es muss hinterfragt werden, welche freiwilligen Leistungen die Landeshauptstadt wirklich erbringen möchte.

Der Dienst an den städtischen Schaltern gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ist wieder stärker in das Blickfeld der personellen Ausstattung der einzelnen Dienststellen zu stellen. Dadurch werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den oftmals anstrengenden und belastenden Schaltertätigkeiten unterstützt. Gleichzeitig wird der Service-Charakter der städtischen Dienststellen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ausgebaut und verstärkt.

Um den Kontakt zu der Verwaltung für den Bürger wieder transparenter zu gestalten, ist einzuführen, dass Besprechungen mit der Verwaltung (wieder) protokolliert werden.

Außerdem ist unabdingbar, dass bei Besprechungen die verantwortlichen Beamten anwesend sein müssen, aber nicht mehr als diese.

Es sollte zur Gepflogenheit gehören, dass Beamte sich bei Gesprächen ungefragt mit Abteilung, Dienstbezeichnung und Namen ausweisen.

Die Erreichbarkeit von städtischen Beamten bis zum Referenten bzw. dessen Vertretern muss gewährleistet werden. Gerade auf den mittleren und unteren Ebenen der Verwaltung stellt dies oft einen Engpass dar.

Ebenfalls wünschenswert und im Sinne der Transparenz wäre es, wenn die Archive der städtischen Verwaltung besser zugänglich und verwaltet wären sowie die Aufbewahrungsfristen verlängert würden.

#### **4.6 Entlohnung städtischer Mitarbeiter an die Lebenshaltungskosten anpassen und leistungsorientierter gestalten**

Die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auch in angemessenem Ausmaß an der allgemeinen Lohnentwicklung zu beteiligen. Nicht nur die finanziellen Anreize bieten die Chance ein attraktiver Arbeitgeber zu bleiben. Vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen und des prognostizierten Fachkräftemangels muss die Stadt als Arbeitgeber jungen Menschen auch andere Anreize bieten, sich für den Dienst an der Allgemeinheit zu entscheiden. Kernforderungen sind hier eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie, flexible Arbeitszeitmodelle sowie bezahlbarer Wohnraum.

Parallel muss überprüft werden, wo die Leistung einzelner über eine leistungsbezogene Honorierung besser gewürdigt und motiviert werden kann.

Personenunabhängig ist die Möglichkeit zu prüfen, einzelne Behörden und Behördenteile als eigenständige Service Center zu betrachten, ihren Erfolg zu messen und auch ihre Personal- sowie Finanzausstattung letztlich daran zu orientieren.

## **5. Verkehrspolitik**

### **5.1 Abkehr von einer ideologischen Verkehrspolitik**

München wird in den nächsten 15 Jahren einen Zuzug von ca. 200.000 Menschen verzeichnen. Genau dieselbe Anzahl, noch einmal ca. 200.000, werden in das Münchner Umland zwischen die S-Bahn-Äste ziehen. Aber auch bei den bereits in München lebenden Menschen hat sich das Bedürfnis nach individueller Mobilität stark vergrößert.

Ganz unideologisch kann man daraus einfach nur den Schluss ziehen, dass wir zukünftig mehr Verkehr haben werden und daher auch mehr Raum für die Verkehre brauchen.

Die Verkehrspolitik Münchens der letzten Jahre war ideologisch geprägt, und zwar von dem Gedanken, dass der individualisierte Autoverkehr an sich schlecht sei und daher zu

verhindern ist. Als primäre Maßnahme zur Veränderung des „Modal Split“ hin zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wurde hierbei die Verschlechterung der Bedingungen des motorisierten Individualverkehrs (IV) gewählt, um durch die relative Attraktivität des ÖPNV den Bürger zu dessen Nutzung zu erziehen. Dass hierbei der Verkehr als Ganzes unter dem Strich stärker behindert wird, wurde in Kauf genommen.

Rot/Grün ist deshalb auch schon in den letzten 25 Jahren mit ihrer Verkehrsraum-Umverteilungs-Politik gescheitert. Denn bei steigenden Verkehrsbedürfnissen ist es einfach falsch, altmodisch und grüner Ideologie geschuldet, Verkehrsraum einfach nur umzuverteilen. Genauso falsch ist es, den Menschen ihr Mobilitätsverhalten vorschreiben zu wollen. Beides produziert Staus anstelle von nachhaltigen Lösungen.

Wir brauchen deshalb ein Versöhnen der verschiedenen Verkehre und eine Gesamtlösung, die den Raum nicht nur umverteilt, sondern mehr Raum für die Verkehre schafft!

Der Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel von mehr Menschen ist dabei das oberste Ziel. Nur soll dies nicht erreicht werden, indem der Individualverkehr erschwert wird, sondern indem der öffentliche Verkehr attraktiver, zuverlässiger und günstiger wird.

Im Folgenden werden einige Maßnahmen beschrieben, die hierzu beitragen können. Allen voran muss aber wieder versucht werden, den Verkehr besser fließen zu lassen, sei es über einen attraktiveren und besseren ÖPNV, grüne Wellen, kreuzungsfreien Ausbau von wichtigen Knoten oder eine flächendeckende Verkehrsleittechnik.

Dies nicht zuletzt, weil fließender Verkehr ungleich weniger Umweltbelastungen hervorruft als stockender – vom volkswirtschaftlichen Schaden ganz zu schweigen, der durch den staubedingten Zeitverlust verursacht wird.

Es ist ein Masterplan für ein umfassendes, neues Verkehrskonzept zu erstellen, bei dem auch die zukünftigen städtebaulichen Planungen im Wohnungs-, Gewerbe- und Industriebau berücksichtigt werden. Die Einrichtung einer Ringlinie im ÖPNV ist anzustreben, kurzfristig ist zu prüfen, ob eine Ringverbindung mit Bussen möglich ist.

Die Landeshauptstadt München muss auf dieser unideologischen Basis einen ganzheitlichen Masterplan für den Verkehr in Verbindung der Städteplanung und der Einbindung der Metropolregion München erstellen.

## **5.2 Ausbau des U-Bahnnetzes**

Beim öffentlichen Personennahverkehr muss deshalb auf das großstädtische, witterungsunabhängige, sicherere und leistungsfähigere Verkehrsmittel U-Bahn gesetzt werden. Sie nimmt dem oberirdischen Verkehr (Radfahrern, Fußgängern genauso wenig wie Autofahrern) keinen Platz, sondern schafft im Untergrund Raum für die steigenden Verkehrsbedürfnisse. Deshalb brauchen wir dringend den Weiterbau der U 5 von Laim nach Pasing. Von Pasing aus kann die neue Kleinstadt innerhalb Münchens, Freiam im Münchner Westen, ebenfalls mit der U-Bahn statt mit einer bei weitem nicht so leistungsfähigen Trambahn erschlossen werden. Im Osten der Stadt ist es höchste Zeit, die U 4 nach



Englschalking weiter zu führen, um auch hier eine Vernetzungswirkung mit der S-Bahn herzustellen. Mittelfristig muss auch die U 3 von Moosach über Untermenzing/Obermenzing nach Pasing weiter geführt werden. So entstehen im Ansatz auch leistungsfähige Ringsysteme zur Ergänzung des sternförmigen S-Bahn-Systems.

Bei der volkswirtschaftlichen Beurteilung von neuen U-Bahn-Trassen ist die standardisierte Bewertung dahingehend weiterzuentwickeln, dass auch die Verknüpfungswirkungen, die bisher kaum Berücksichtigung finden, einfließen. Schließlich muss auch zu Buche schlagen, welche Optionen eine unter Wachstumsdruck stehende, pulsierende Großstadt überhaupt hat. Auch die Planung weiterer Routen ist in Angriff zu nehmen. München braucht die U-Bahn als leistungsfähiges haupt-öffentliches-Personennahverkehrsmittel. München braucht wieder eine große U-Bahn-Initiative.

### **5.3 Ausbau der S-Bahn und Anbindung des Flughafens**

Einerseits will die Stadt durch ihre Verkehrspolitik den Individualverkehr einschränken und fordert den Umstieg auf den ÖPNV, aber andererseits bleibt man den dazu notwendigen Ausbau der S-Bahn mit Verdichtung der Taktfrequenz schuldig.

Da sich viele Arbeitnehmer/innen, gerade auch in mittelständischen Betrieben, das Wohnen in München nicht mehr leisten können, ziehen sie ins Umland. Damit sind sie auf den ÖPNV angewiesen. Deshalb ist eine zügige Umsetzung der 2. S-Bahn-Stammstrecke aufgrund der derzeit möglichen Finanzierung unbedingt notwendig.

Doch eine Betrachtung nur auf München bezogen würde dem Wachstum der gesamten Region nicht gerecht werden. Deshalb muss sich der Blick der Münchner Verkehrspolitik auch auf die gesamte europäische Metropolregion München erstrecken. Daher ist es wichtig, auch die Verknüpfungen im Rahmen des Regionalzugverkehrs herzustellen und auszubauen.

Insbesondere für die schnellere Anbindung des Flughafens an den Hauptbahnhof, die Messe München und die Innenstadt muss dringend eine Lösung gefunden werden.

### **5.4 Busnetz ausbauen und Trambahnnetz sinnvoll ergänzen**

Das in den letzten Jahren ausgedünnte Busnetz muss zukünftig wieder stärker auch soziale Aspekte berücksichtigen. So ist beispielsweise die in Moosach reduzierte Buslinie 50 wieder vollumfänglich in Betrieb zu setzen, genauso wie in Allach die Waldkolonie gerade auch wegen des Altersdurchschnitts der dort ansässigen Bevölkerung an das Busnetz angebunden werden muss. Eine Verstärkung des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Fürstenrieder Straße hat durch eine Erhöhung des Busvolumens, nicht jedoch durch den Bau der Tram-West-Tangente zu erfolgen, so lange die Verkehrsprobleme um den motorisierten Individualverkehr auf der Fürstenrieder Straße nicht anderweitig gelöst werden.

Bestehende Trambahnlinien in der Münchner Innenstadt und sinnvolle Arrondierungen und Ergänzungen des bestehenden Trambahnnetzes müssen gleichzeitig gefördert werden. Innovative Bussysteme sind neuen Trambahnlinien vorzuziehen.

## **5.5 MVV leistungsfähiger und attraktiver gestalten**

Um den innerstädtischen Verkehr überhaupt bewältigen zu können, ist es notwendig, dass so viele Menschen wie möglich den ÖPNV nutzen. Dies darf aber nicht über eine Verschlechterung des innerstädtischen Verkehrs versucht werden, sondern über eine Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Die zweite S-Bahnrohre ist hierbei unbedingt notwendig, da sie bei gesicherter Finanzierung bei allen ihren Mängeln die kurzfristig bestmögliche Lösung darstellt.

Wichtige Schritte sind die Erhöhung der Kapazitäten und die Verbesserung des Angebots. Auf eine Vereinfachung des Tarifsystems ist hinzuwirken, insbesondere in Hinsicht auf internationale Standards.

Außerdem sollte die Attraktivität über eine Steigerung der gefühlten Sicherheit durch Zugbegleiter und der Sauberkeit sowie über die Einführung von zusätzlichen Dienstleistungen auch in den Zügen wie Fernsehen, WLAN, Essensmöglichkeiten etc. gesteigert werden. Die Kosten hierfür sind Investitionen in die Standortsicherung und müssen von der Stadt übernommen werden.

Auch wenn durch Privatisierung von Teilbereichen eine Effizienzsteigerung möglich sein sollte, wird es für die Stadt langfristig unumgänglich sein, diesen Bereich zu subventionieren, um niedrige Preise und gute Qualität zu gewährleisten.

Es müssen innerhalb der MVG und auch unter der Einbeziehung des MVV und der SWM die Spielräume geprüft werden, inwieweit die Nutzung des ÖPNV für Pendler, Berufstätige und Studenten insbesondere innerhalb der Stoßzeiten verbilligt werden kann. Ähnlich wie in anderen Metropolen sollte in diesem Rahmen eine Vereinfachung des Tarifsystems mit einer pauschalen und erschwinglichen Nutzungsgebühr für Fahrten innerhalb des mittleren Rings untersucht werden.

Im Hinblick auf die Attraktivität und Störungsanfälligkeit des ÖPNV ist die Schaffung einer Ringlinie, egal durch welches öffentliche Nahverkehrsmittel, sinnvoll; sie muss deshalb vorangetrieben werden.

## **5.6 Kreuzungsfreier Ausbau des gesamten Mittleren Rings zur Entlastung der Innenstadt**

Um den Durchgangsverkehr aus der Innenstadt herauszuhalten und außerdem so viel Verkehr wie möglich auf effiziente und entsprechend ausgebaute Straßen zu ziehen, muss der Mittlere Ring insgesamt kreuzungsfrei ausgebaut werden, d. h. auch im Münchner Osten zwischen Leuchtenbergtunnel und McGraw-Graben sowie mit einer Lösung für die Tegernseer Landstraße.

Außerdem wird es höchste Zeit, die Landshuter Allee zu untertunneln. Dies ist sowohl aus den genannten verkehrlichen Gesichtspunkten heraus erforderlich, als auch aus Gründen des Schutzes der Anwohner vor Ort, also wegen des Schutzes vor Lärm, Feinstaub und Abgasen, aber auch aus den Gründen einer städtebaulichen Reparatur: Der Stadtbezirksteil Gern muss wieder zusammengeführt werden.

In längeren Zeiträumen gedacht, wird München auch um die Untertunnelung von großen Einfallstraßen nicht herum kommen.

### **5.7 A 99 „Südtunnel“ um den Fernverkehr um München zu leiten**

Oberstes Ziel ist es, gerade Güter- und Fernverkehr so weit wie möglich aus München herauszuhalten. Deshalb fordern wir aus Münchner Sicht weiter einen Ringschluss der Autobahn um München herum durch Fertigstellung des Süd-West-Abschnitts der A 99 in der landschafts- sowie umweltschonenden und lärmvermeidenden Tunnelvariante.

Der von München nicht zu beeinflussende Transitverkehr um und durch München hat in den letzten Jahren stark zugenommen und wird mit dem weiteren Zusammenwachsen Europas weiter dramatisch wachsen. Selbst mit den derzeit geplanten Ausbaumaßnahmen des Autobahnteilrings kann dieser Verkehr dann nicht mehr bewältigt werden. Mit dem kreuzungsfreien Ausbau des Luise-Kiesselbach-Platzes wird hier gleichzeitig eine interessante Alternative für den Ost-West-Fernverkehr geschaffen, was zusätzlichen Verkehr auf den Mittleren Ring und somit direkt und indirekt über Verdrängung in die Stadt ziehen wird. Der Münchner Südwesten, aber auch die ganze Stadt brauchen daher den Südring (der voraussichtlich eher ein Südtunnel wird) dringend. Je nach Ausführung kann er eine Entlastung des Mittleren Rings um bis zu 20.000 Fahrzeuge am Tag bringen. Da dieses Projekt München nichts kosten wird und durch eine weitgehend unterirdische Bauweise auch eine Beeinträchtigung des Naherholungsgebietes Forstenrieder Wald verhindert werden kann, muss sich München für dieses Projekt in einer unterirdischen Ausführung mit einer Anbindung lediglich an die Garmischer Autobahn einsetzen.

### **5.8 Verkehrsvermeidung und Verflüssigung durch eine vernetzte, intelligente und verkehrsmittelübergreifende Steuerung**

Die technischen Möglichkeiten der Verkehrssteuerung gehen heute weit über die Möglichkeiten der viel zitierten und in München nicht vorhandenen grünen Welle hinaus.

Über die On-board verfügbaren Navigations- und Kommunikationssysteme sowie über das Internet und die flächendeckend verfügbaren individuellen Kommunikationsgeräte ist nicht nur eine flächendeckende Erfassung der Verkehrsströme, sondern unter Einbeziehung der Ampelsteuerung und Einrichtung weiterer Verkehrsinformationssysteme eine vernetzte und bedarfsorientierte, kleinteilige Steuerung der Verkehrsströme möglich.

Verkehr kann so an der geeigneten Stelle abgebremst oder auf P&R Parkplätze umgeleitet werden – oder direkt und Ressourcen schonend zu einem reservierten Parkplatz. Durch Zeitangaben für Reisezeiten kann der Verkehrsteilnehmer motiviert werden, auf den ÖPNV

umzusteigen. Wichtig ist die Information und damit die Möglichkeit der Wahl des besten Verkehrsmittels zu schaffen.

Insgesamt kann und muss die Steuerung des fließenden Verkehrs über vernetzte Navigationshinweise, Ampelschaltung, Zuflusssteuerung in das Stadtgebiet und individuelle Information und Lenkung verbessert werden, dies beinhaltet auch die Prüfung von der Möglichkeit zur Nutzung von flexiblen Fahrspuren, wie in anderen Ländern üblich.

Die gemeinschaftliche Nutzung von PKW bei Fahrten in die Stadt muss über verbilligten Parkraum und die Nutzung von Busspuren gefördert werden.

Darüber hinaus muss München als Pionier eine flächendeckende Parkraumüberwachung und ein Parkraummanagement einführen. Autofahrer müssen direkt zu freien Parkplätzen in Garagen oder im Straßenraum geführt oder bei Parkplatzmangel bereits am Stadtrand zu P&R Anlagen umgeleitet werden. Dies ist mit den heutigen Möglichkeiten des Internets und der individuellen mobilen Kommunikation kein Problem mehr. Der Parksuchverkehr, der im Innenstadtbereich bis zu 70 Prozent des Verkehrs ausmacht, könnte damit weitgehend eingedämmt und manche Fahrten in die Innenstadt ganz verhindert werden.

## **5.9 Schönerer Innenstadt und weniger Belästigung durch mehr Tiefgaragen**

Um die Attraktivität der Innenstadt für den Einzelhandelskunden gegenüber den Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu steigern und den massiv für das Verkehrsaufkommen verantwortlichen Parksuchverkehr zu beenden, mehr Platz im Straßenraum für den fließenden Verkehr zu schaffen und die optische Beeinträchtigung der öffentlichen Räume zu verringern, müssen mehr Tiefgaragenstellplätze in der Innenstadt geschaffen werden. Hierbei bieten sich straßenbegleitende, städtische Grundstücke und vor allem die Flächen unter den Straßen an. Diese könnten im Rahmen von PPP-Modellen von der Stadt an private Betreiber verpachtet werden, die dort Tiefgaragen errichten und betreiben. Außerdem muss bei der Genehmigung von Neubauten von der Beschränkung der Stellplätze Abschied genommen werden. Im Gegenteil sollte sogar die Errichtung öffentlicher Stellplätze angeregt werden.

Darüber hinaus brauchen wir einen ganz neuen Ansatz zur Errichtung von Anwohner- und Besuchertiefgaragen im gesamten Stadtgebiet. Auch bisher private Parkgaragen sollten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und über ein integriertes System vernetzt und nutzbar sein.

Dies bietet die Chance, auf der Oberfläche durch das Verschwinden der dortigen Parkplätze öffentlichen Raum zum Aufenthalt für Kinderspielflächen, Plätze für Begegnung, für Fußgänger und Radfahrer inkl. Fahrradabstellplätze zu schaffen.

Aber auch hier heißt die Devise: Nicht das eine Verkehrsmittel (Fahrrad, Fußgänger) gegen das andere (Autos) ausspielen, sondern mehr Platz für alle schaffen!

### **5.10 Innenstadtmaut nicht notwendig und nicht wünschenswert**

Aus Sicht der Wirtschaft und hier speziell des Einzelhandels ist die Einführung einer Innenstadtmaut weder notwendig noch wünschenswert. Eine solche Maßnahme würde lediglich den Verkehr in andere Bereiche verlagern und darüber hinaus den Konsumenten aus der Innenstadt treiben. Zusätzlich würde eine neue Belastung für den Bürger geschaffen, die sein verfügbares Einkommen weiter einschränken würde. Auf der anderen Seite konnte dank der neuen Öffnungszeiten bereits eine Verbesserung des Verkehrsproblems festgestellt werden. Zusätzlich kann eine weitere und ausreichende Entspannung des Innenstadtverkehrs – wie schon ausgeführt – durch ein umfassendes Verkehrsleitsystem, eine Verbesserung des Verkehrsflusses und der Parkmöglichkeiten erreicht werden.

### **5.11 Parklizenzen für Handwerker und Lieferanten**

Die restriktive Vergabe von Parklizenzen innerhalb des Mittleren Rings muss für Handwerker und Lieferanten gelockert werden. Die derzeitige Regelung ist insbesondere für mittelständische Unternehmen geschäftsschädigend.

Für Lieferanten sind zudem geeignete Haltezonen auch außerhalb des Altstadtrings zu schaffen.

### **5.12 Förderung sauberer PKW-Antriebe**

Um eine der Ursachen zu beseitigen, aufgrund deren der motorisierte Individualverkehr in Städten als Problem wahrgenommen wird – nämlich die Abgase – muss die Stadt München sich massiv für die Förderung sauberer PKW-Antriebe einsetzen. Dies kann auf der einen Seite über die Förderung von innovativen Unternehmen aus diesem Sektor und des Ausbaus von alternativen Treibstoffnetzen sowie die Bezuschussung von entsprechend angetriebenen Fahrzeugen erfolgen, auf der anderen Seite über die Bevorzugung von entsprechend angetriebenen Fahrzeugen, z. B. mit Fahrerlaubnissen bei Smog-Alarm oder Einfahrgenehmigung in einen ansonsten gesperrten Bereich oder kostenloses Parken innerhalb der Parkraumbewirtschaftungsgebiete.

Eine Förderung von innovativen Unternehmen hätte darüber hinaus den Effekt, dass München sich zu einem Zentrum für die entsprechenden Technologien entwickeln könnte.

Es muss darüber hinaus geprüft werden, wie bei Vielfahrern (Taxi, Lieferanten etc.) die Nutzung alternativer und umweltfreundlicher Antriebstechnologien gefördert werden kann, z.B. die Umstellung der Münchner Taxen auf Elektro- oder Gasantrieb.

### **5.13 3. Start- und Landebahn zur Standortsicherung Münchens notwendig**

Der Flughafen München als internationales Drehkreuz ist ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort München. Sowohl für die bereits vorhandenen Unternehmen als auch

für die Akquisition von Neuansiedlungen ist die Nähe zu einem solchen Drehkreuz von größter Bedeutung.

Diese Drehkreuzfunktion kann nur beibehalten werden, wenn der Flughafen München seine Kapazitäten plangemäß ausbauen und zur Verfügung stellen kann. Die 3. Start- und Landebahn ist hierfür unbedingt erforderlich und auch ein wichtiges Argument, um weitere Airlines an den Standort München zu bringen.

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert die Anteile an der Flughafen München GmbH zu veräußern, um einerseits den Ausbau des Flughafens München Franz Josef Strauss zu ermöglichen und andererseits mit den erlösten Mitteln den ÖPNV in München auszubauen.

#### **5.14 München als Knoten der transeuropäischen Schnellbahnmagistralen**

Die Landeshauptstadt München muss zukünftig mit Nachdruck dafür eintreten, im Rahmen der Magistralen für Europa an die transeuropäischen Netze (TEN) angeschlossen zu sein. Dies bedeutet einmal, dass die Strecke von Paris nach Wien und Budapest über München laufen muss. Zum anderen muss auch die Nord-Süd-Verbindung von Berlin nach Rom über die bayerische Landeshauptstadt geführt werden, so dass in München ein europäischer Eisenbahnknoten entsteht.

### **6. Familien- und Bildungspolitik**

Eine gute Kinderbetreuung ist für die Wirtschaft von großer Bedeutung. Nur so kann verhindert werden, dass hoch qualifizierte Mitarbeiter, gleich welchen Geschlechts, mittel- bis langfristig oder sogar für immer ausfallen und nach längerer Abwesenheit wieder angelernt werden müssen. Auch für die Sicherung unserer Sozialsysteme ist es absolut notwendig, den Rückgang der Bevölkerung zu bremsen – ganz abgesehen von den individuellen Rechten des Einzelnen auf persönliche Selbstverwirklichung.

Darüber hinaus ist es für das Wohlbefinden der Mitarbeiter wichtig, dass sie ihre Kinder gut versorgt wissen und sich nicht ständig darüber Gedanken machen müssen. Volkswirtschaftlich ist eine gute Kinderbetreuung ebenfalls mehr als wünschenswert, um zu vermeiden, dass mit hohem Aufwand ausgebildete Arbeitskräfte vorübergehend oder ganz aus dem Berufsleben ausscheiden. Gleichzeitig ist ein grundsätzliches Umdenken in der Gesellschaft notwendig: Mütter und Väter mit Beruf oder Familie müssen gleichermaßen wertgeschätzt werden, damit sich Eltern wirklich frei für ihre Form der Kinderbetreuung entscheiden können.

Natürlich spielt auch hier die Wohnungsbaupolitik eine wichtige Rolle: Kinder brauchen Raum, (bezahlbaren) Wohnraum und Raum zum Spielen und Lernen.

## **6.1 Bessere Kinderbetreuung – auch durch private Initiativen**

Der Standort München sollte für junge Familien attraktiv gestaltet werden, um hierdurch der „Landflucht“ entgegenzuwirken, qualifizierte Arbeitskräfte für die Wirtschaft zu sichern und ein gesundes soziales Gefüge zu erreichen. Um dies zu erreichen, muss die Stadt mehr auf die Kräfte der privaten Wirtschaft setzen und die Mittel, die derzeit in städtische Programme fließen, den Familien zur Verfügung stellen. Die Familien hätten dann finanzielle Mittel für private Kinderkrippen, private Kindergärten und Tagesmütter.

Gleichzeitig müssen die Vorschriften und Auflagen (z. B. Baurecht) gelockert werden, die für den Betrieb von Kinderbetreuungseinrichtungen gelten, damit z. B. eine Mutter ohne großen Aufwand als Tagesmutter weitere Kinder betreuen kann oder ein Betrieb einen Betriebskindergarten einrichten und diesen auch für die Nachbarschaft öffnen kann. Es ist eines der unumstößlichen Gesetze des Marktes, dass bei einer entsprechenden Gestaltung der Rahmenbedingungen und einer entsprechenden Nachfrage die private Wirtschaft und auch Einzelpersonen sehr schnell entsprechende Betreuungsangebote bieten werden.

## **6.2 Modernisierung und Verbesserung der städtischen Schulen**

Die Stadt München muss sich den Herausforderungen der Globalisierung und des Wandels hin zur Wissensgesellschaft stellen. Dies zwingt dazu, massiv in die Renovierung, Ausstattung und Modernisierung der Schulen zu investieren. Insbesondere das Angebot an Ganztagesangeboten muss ausgebaut werden.

Neben der eigentlich selbstverständlichen Sanierung der beschämenden sanitären Einrichtungen sind die flächendeckende Ausstattung mit moderner IT-Technologie und der Zugang zu einem Rechner für jeden Schüler von zentraler Bedeutung. Dies ist nicht nur notwendig, um die Schüler an diese Technologie und das Internet heranzuführen, sondern auch, um den Einsatz innovativer Lerncomputerprogramme zu ermöglichen. Natürlich sind daneben auch die klassischen Ausstattungsbereiche wie Labore oder Sporteinrichtungen auf den neuesten Stand zu bringen.

Darüber hinaus muss auch die personelle Ausstattung ausreichend sein, um in kleinen Klassen die individuelle Förderung der einzelnen Schüler zu gewährleisten. Es sollten auch Mittel für Stipendien für begabte Schüler aus wirtschaftlich schwachen Verhältnissen zur Verfügung gestellt werden können. Hierbei sollte die Einrichtung einer Stiftung gemeinsam mit der Münchner Wirtschaft geprüft werden.

Eine größere Flexibilität beim Zeitpunkt des Eintritts in die städtischen Schulen sollte ermöglicht werden, damit Kinder nicht nur zum Anfang des Schuljahres die Schule wechseln können.

Die Schule sollte als ganztägiger und ganzjähriger Ort für Bildung und Erziehung begriffen werden, das heißt es ist zu prüfen ob auch in den Ferien ein Betreuungsangebot gewährleistet werden kann – kein Unterricht, sondern Aktivbeschäftigung auf freiwilliger Basis. Die Räumlichkeiten hierfür sollten vorhanden sein.

### **6.3 Kooperation Schule und Wirtschaft, Weiterbildung von Lehrern**

Die Kooperation zwischen städtischen Schulen und der lokalen Wirtschaft muss gefördert werden. Zwischen Lehrern, Schülern und Unternehmen muss ein stärkerer Austausch stattfinden, um die gegenseitigen Bedürfnisse kennenzulernen und insbesondere bei Lehrern wie Schülern unternehmerisches Denken zu fördern.

Gleichzeitig mit der Verbesserung der materiellen Ausstattung der städtischen Schulen müssen Mittel für die kontinuierliche Qualifikation des Lehrkörpers bereitgestellt werden, damit sich dieser mit den neuesten Technologien, aber vor allem auch mit den neuesten didaktischen Methoden vertraut machen kann. Die notwendige Zeit für Weiterbildung muss dabei ebenso bereitgestellt werden wie ein Gehalt, das ausreicht, auch hoch qualifizierte Kräfte anzulocken. Ein besonderes Augenmerk muss außerdem auf die Vermittlung von praktischem Wissen aus der Wirtschaft gelegt werden.

### **6.4 München muss die Hochschulen besser unterstützen**

München kann sich rühmen, bei insgesamt fünf Hochschulen zwei Elite-Universitäten zu haben. Die Unterstützung der Hochschulen durch die Landeshauptstadt München ging in den vergangenen Jahren jedoch – wenn überhaupt – nur sehr schleppend voran. Im Wohnungsbau verschanzt sich die Landeshauptstadt München noch heute dahinter, dass die Zurverfügungstellung studentischen Wohnraums Angelegenheit des Studentenwerkes und damit des Freistaats Bayern sei.

Doch Studenten sind auch Münchner, auch wenn sie nach ihrer Studienzeit München wieder verlassen. Und München profitiert als Stadt, genauso wie die gesamte Stadtgesellschaft, sowohl von den Studenten, als auch von den wissenschaftlichen Höchstleistungen, die an den Münchner Hochschulen vollbracht werden. Daher ist es auch Aufgabe der Landeshauptstadt München bzw. der städtischen Wohnungsbaugesellschaften ihren Beitrag zur Versorgung der Studentinnen und Studenten mit Wohnraum zu leisten. Der Freistaat fördert dies sogar, die entsprechenden Programme werden von der Stadt jedoch kaum in Anspruch genommen.

Ein weiteres Beispiel ist die schleppende Entwicklung eines öffentlichen Personennahverkehrsangebots für die Studierenden in der Stadt. Viel zu lange hat es gedauert, bis sich die Landeshauptstadt München bereit erklärt hat, evtl. Ausfälle beim Semesterticket für die Studentinnen und Studenten der Stadt zu tragen. Und siehe da: Das Semesterticket ist ein voller Erfolg.

Auch bei den planerischen Überlegungen der Hochschulen für ihre Situierung in der Stadt und die Weiterentwicklung ihrer Gebäude brauchen die Hochschulen wie auch alle anderen Wissenschaftseinrichtungen die volle Unterstützung der Stadtverwaltung.



## **7. München – Stadt der Spitzenmedizin**

### **7.1 Medizinstandort München als Chance verstehen**

München wird in Europa und der Welt zu Recht als Stadt der Spitzenmedizin gesehen. Dazu tragen die Häuser der beiden exzellenten Universitäten, das Klinikum Großhadern genauso wie das Klinikum Rechts der Isar, neben den vielen privaten Krankenhäusern und Spezialeinrichtungen bei. Aber auch die städtischen Kliniken Bogenhausen, Schwabing, Harlaching und Neuperlach, neben der Hautklinik in Thalkirchen, blicken auf eine glanz- und ruhmvolle Vergangenheit zurück.

Hierauf lässt sich aufbauen und München als weltweit attraktiver Medizinstandort für Versorgung und Forschung ausbauen.

### **7.2 Städtische Kliniken konsequent und zügig sanieren**

Die städtischen Kliniken wurden jedoch durch Parteibuchbesetzungen in der Geschäftsführung an den Rand des Abgrunds gedrängt. Seit acht Jahren versäumte Neuerungen, fehlende Schaffung von Synergie-Effekten, schwere Vernachlässigungen im Gebäudeunterhalt und beim Gebäudebestand, mehrfache Hygiene-Skandale sowie eine nicht enden wollende Finanz- und Liquiditätskrise kennzeichnen eine Politik der gravierenden Versäumnisse. Wichtige Entscheidungen zur finanziellen Konsolidierung, aber auch zur „Architektur“ der Städtischen Klinikum GmbH für die Zukunft wurden nicht angepackt, sondern hinaus geschoben. Die notwendigen Entscheidungen dulden aber keinen weiteren Aufschub.

Daher muss ein gestraffter Zeitplan vorgelegt werden, der die Kosten und den Umsetzungszeitraum der jeweiligen Sanierungs- und Reformmaßnahme ausweist und die Wirkung der jeweiligen Sanierungs- und Reformmaßnahme unter Angabe der Kosteneinsparung bzw. der Erlössteigerung durch die jeweilige Maßnahme klar darstellt. Dieser Plan muss zügig und beschleunigt umgesetzt werden. Die dafür notwendigen Entscheidungen müssen von der Gesellschafterin, der Landeshauptstadt München, beschlossen und von der Geschäftsführung der Städtischen Klinikum GmbH beherzt umgesetzt werden. Der Aufsichtsrat hat diese schnelle und zielgerichtete Umsetzung zu überwachen.

### **7.3 München als führenden Medizinstandort für Versorgung aber auch Forschung entwickeln**

Ein durch das wichtige und tragende Element „Städtische Kliniken“ gestärkter und gefestigter Medizinstandort München muss in seiner Rolle als Aushängeschild für unsere Stadt, als Generator von wissenschaftlichen Spitzenleistungen in der Medizin, aber auch als wichtiger Tourismus- und damit Einnahmefaktor weiter ausgebaut werden. Der Medizintourismus spielt schon heute in München eine große Rolle und stellt einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Dabei ist aber noch mehr möglich.

Dazu sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Der Oberbürgermeister muss das Thema städtische Kliniken, medizinische Versorgung und Ausbau des Medizinstandortes München zur Chefsache machen.
- Ausländische Patienten müssen vermehrt angezogen werden. Hierfür ist gezielt Werbung zu machen. München sollte eine eigene Vermittlungsstelle einführen. Außerdem sollte in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ein ganzheitliches Angebot, von der Ankunft am Flughafen bis zur Abreise geschaffen werden.
- Besonderes Augenmerk sollte auf den Bereich der Pflege gelegt werden. Es müssen Wohnheime und Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Pflegepersonal geschaffen werden; den höheren Lebenshaltungskosten in München ist Rechnung zu tragen. All dies, um die notwendigen qualifizierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen anziehen und binden zu können.
- Die Zusammenarbeit in der Forschung und die Integration mit der klinischen Forschung ist zu fördern.
- Nicht zuletzt sollte eine zentrale Marketingstelle für die Aktivitäten in der Forschung und Versorgung in München eingerichtet werden, die dafür sorgt, nicht nur Patienten, sondern auch Spitzenmediziner und Forscher nach München zu locken.
- Eine gemeinsame Plattform für Kliniken in der Region ist einzurichten, eine bessere Zusammenarbeit mit dem Umland und dem Freistaat zu gewährleisten.

## **8. Kultur**

München kann und muss seine kulturelle Stärken noch besser nutzen, insgesamt für den Standort aber auch für die Wirtschaft. Wichtig hierfür ist ein Abbau gegenseitiger Vorurteile zwischen Kunst und Wirtschaft und die Förderung des interdisziplinären Austausches zwischen Kunst und Wirtschaft.

Insbesondere die Kreativität von Künstlern kann Wirtschaftsunternehmen nützen und die Finanzkraft der Wirtschaft kann gerade junge Künstler fördern.

Im Sinne der Stadtgesellschaft ist es auch wünschenswert, kommende Generationen für Kunst zu begeistern. Daher ist zu prüfen, wie vorhandene Subventionen mehr für die Vermittlung von Kunstverständnis eingesetzt werden können.

Die Kulturvielfalt stärkt den Standort München, angezeigt ist daher ein Masterplan für die kulturelle Entwicklung unserer Stadt.

## **8.1 Etablierte Einrichtungen von Stadt und Freistaat vernetzen und zur besseren Geltung bringen**

München muss zukünftig seinem Ruf als europäische Kulturstadt noch stärker als in der Vergangenheit gerecht werden. Dazu ist es im Bereich der etablierten sog. Hochkultur erforderlich, dass die seitens der bisherigen politischen Führung der Landeshauptstadt bestehenden ideologischen Scheuklappen gegenüber dem Freistaat Bayern abgelegt werden. München braucht ein Miteinander von Stadt und Freistaat hinsichtlich der Zusammenarbeit bezüglich der drei großen Weltklasse-Orchester Münchner Philharmoniker, Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks und Orchester der Bayerischen Staatsoper genauso wie eine Zusammenarbeit der staatlichen Museen, wie z. B. der Alten und Neuen Pinakothek, der Pinakothek der Moderne, dem Museum Brandhorst mit den städtischen Museen, wie z. B. der Städtischen Galerie im Lenbachhaus. Ein erster Schritt dazu wäre ein mehrsprachiges Fußgängerleitsystem, vor allem aber auch ein Durchbruch bei einem einheitlichen Ticket für sämtliche Museen aller Träger.

Gemeinsame Veranstaltungen, auch mit der Gastronomie und Hotellerie, um nationales und internationales Publikum anzuziehen, insbesondere aber nicht nur in den besucherschwachen Zeiten, müssen der weitere logische Schritt einer Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit sein. Bestehende Veranstaltungen wie die lange Nacht der Museen müssen ausgebaut und international gemeinsam mit der Tourismuswirtschaft stärker vermarktet werden.

Die Landeshauptstadt München hat mit dem Gasteig ein wichtiges Zentrum kommunaler Kulturpolitik geschaffen. Dies muss auch in Zukunft so bleiben. Daher ist der Gasteig umgehend einer Generalsanierung zuzuführen, die der Sanierung einzelner Teile eindeutig vorzuziehen ist. Neue Stadtbezirke sind auch mit Stadtteilbibliotheken zur kulturellen Nahversorgung zu versehen.

Gemeinsam mit dem Freistaat muss die Filmstadt München aktiver vermarktet und professionell gemanagt werden und der Standort besser präsentiert werden.

Insgesamt muss die Vermarktung von interessanten Themen und Veranstaltungen in den Social Media verbessert werden, es sollten mehr englischsprachige websites im Bereich Kultur und Freizeit geschaffen werden. Eine bessere Integration des Themas in die Website der LH München wäre zudem wünschenswert.

## **8.2 München braucht den zweiten Konzertsaal**

Die Diskussion um den zweiten Konzertsaal muss sachlich und an den Fakten orientiert geführt werden. Hierbei ist endlich ein Miteinander zwischen Freistaat und Landeshauptstadt in der Kulturpolitik herzustellen. Zwei Gutachten belegen, dass sowohl das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks als auch die Münchner Philharmoniker jeweils eigene Säle brauchen, um ihr Weltklasseformat auch in Zukunft zu halten. Schließlich stellt ein neuer Konzertsaal, errichtet und bezahlt durch den Freistaat Bayern, auch die Chance für ein architektonisches Aushängeschild der bayerischen Landeshauptstadt in der

Welt dar. Unter diesen Gesichtspunkten liegt es nahe, sich für den Bau eines zweiten Konzertsaales auszusprechen.

### **8.3 Junge, kreative Kulturszene fördern und wieder nach München holen**

Die kulturelle Prägung einer Stadt, ihre kulturelle Eigentümlichkeit, wird nicht allein von ihrer Hochkultur geprägt. Entscheidend sind vielmehr alle, die die örtliche Kulturszene ausmachen. Das sind die vielen nicht weltbekannten Künstler, die kreativ tätigen Menschen, die Bewunderer, die Macher, die ehrenamtlich um Kultur Bemühten, die Schauspieler und Laiendarsteller, die Musikanten und Chorsänger, die Virtuosen, die Schreibenden und Vorlesenden, die Beflissenen und Engagierten, die Instrumentalisten und Phantasiebegabten, die Anreger und Mithelfer, die Zuschauer und Zuhörer, die Volkstümlichen und die Ätherischen, die Intellektuellen und die „Kracherten“, die Aufreger und die Beruhigenden – sie alle sind der unverzichtbare Humus einer Kulturstadt.

Ein ganz besonderes Augenmerk muss dabei auf die Kreativ-Szene fallen. Hier hat Berlin München längst den Rang abgelaufen, was an vielen nicht zu duplizierenden Eigenheiten der Bundeshauptstadt liegt.

München muss aber trotzdem die eigenen Künstler vor allem beim Angebot von Räumlichkeiten mit einer großen Offensive, ganz anders als in der Vergangenheit, unterstützen. Künstler brauchen die Stadt bei der Zuweisung von Ateliers und Werkstätten. Ähnlich wie bei der Gründerszene muss die Stadt bei der Genehmigung von Übergangsnutzungen in leerstehenden Gebäuden liberaler werden, um der Künstlerszene die Möglichkeit zu geben, günstigen Raum für ihre Aktivitäten zu bekommen – diese Szene kehrt ebenfalls vor allem wegen der hohen Kosten derzeit München zu Gunsten von Berlin den Rücken. Ferner muss die Landeshauptstadt München ein Programm auflegen, dass es den eigenen Nachwuchskünstlern ermöglicht, ihre Werke auszustellen. Die Bürokratie bei der Genehmigung von Veranstaltungen, von Aktionskunst bis hin zu Straßenfesten muss vereinfacht werden.

Da Kreative, vor allem junge Kreative wenig Erfahrung im Umgang mit Verwaltung haben und auch die Inanspruchnahme städtischer Hilfe aus Angst vor Bürokratie scheuen, braucht München dringend einen „Einheitlichen Ansprechpartner“ für junge Künstler, also Mitarbeiter im Kulturreferat, die ausschließlich und fokussiert die Kreativ-Szene in München unterstützen und ihnen die städtischen Hilfen zuführen. Ferner ist im Kulturreferat ein gesonderter Etat zu schaffen, damit auch ausreichend Geldmittel zur Förderung der Kreativ-Szene bereit stehen.

### **8.4 Mehr visionäre Architektur**

Auch die Architektur als Teil der Hochkultur verdient in München eine bessere Förderung. Wir brauchen in München wieder mehr Mut zu interessanter Architektur und eine Abkehr von der in den städtischen Bebauungsplänen zementierten Einheitsarchitektur. So muss die Stadt nicht nur bei eigenen Bauprojekten mehr wagen, sondern auch in Bebauungsplänen mehr zulassen bzw. diese weniger eng auslegen.

Die Stadt München soll jährlich einen Architekten- und Investorenwettbewerb für das ganze Stadtgebiet ohne Einschränkungen durch das Baurecht oder die Nutzungsart ausschreiben. Der Gewinner wird rein nach architektonischen Kriterien durch eine hochwertig besetzte Jury ermittelt und erhält das Baurecht für seinen Wettbewerbsbeitrag unabhängig vom bestehenden Baurecht, sofern keine Nachbarschaftsbelange tangiert werden.